

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 34.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 24. August 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uden, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Taten!

Worte sind nur blinde Schüsse,
Etwas Rauch und etwas Dampf.
Taten nur sind echte Treffer
In des Volkes Daseinskampf.

Die Sozialdemokratie im Parlament.

Das Parlament, die Volksvertretung im konstitutionell-monarchischen Staate, ist ein mitbestimmender, nicht ein selbstbestimmender Faktor der Gesetzgebung. Die Aufgaben des Parlaments und seine Befugnisse sind in der Verfassung des Landes umschrieben. Das Zustandekommen eines Gesetzes, das Durchbringen einer Forderung ist nur dann möglich, wenn die übrigen Faktoren der Gesetzgebung mit der Volksvertretung einig gehen. Im Reiche müssen Reichstag und Bundesrat in ihren Beschlüssen übereinstimmen, soll ein Gesetz geändert oder ein neues geschaffen werden.

Keine Partei, die Ersprießliches für das Vaterland und das Volk leisten will, kann deshalb starr auf einmal aufgestellten Prinzipien oder Programmsätzen verharren, die von anderer Seite nicht anerkannt werden. Geschieht es dennoch, so kommt keine Einigung zustande, und es bleibt alles beim alten. Der Führer der hayerischen Sozialdemokraten, Herr v. Vollmar, erklärte auf dem 6. Parteitag 1902 zu Ludwigshafen:

„Das Prinzip hochhalten, dazu gehört sehr wenig; das kann jeder, auch der politisch nichts gelernt hat. . . In der Politik kann man nicht handeln wie ein Kind, das nur sieht, was es haben möchte.“

Auf derselben Tagung wurden Äußerungen des verstorbenen Abg. Grillenberger über die Taktik im Parlament wiedergegeben, die wie folgt lauten:

„Wenn man so recht zusieht, so muß man sagen, daß jedes Gesetz, das das Licht der Welt erblickt, eigentlich ein Kompromiß ist zwischen den verschiedenen Faktoren, die dabei mitzuwirken haben, und nicht bloß in dem heutigen Staat, sondern auch in dem idealen Staat, wie wir ihn uns vorstellen, wird jedes Gesetz erst recht aus einem Kompromisse zustande kommen.“

Dieser Gedanke ist auch von anderen Sozialdemokraten früher und später ausgesprochen worden. „Die Kompromisspolitik ist so notwendig wie das tägliche Brot“, erklärte Reichhüser, der inzwischen gegangene Redakteur des „Korrespondent“.

Die Radikalen in der Sozialdemokratie stehen nicht auf diesem Standpunkt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, der auch Herr v. Vollmar angehört, hat diesen Satz praktisch nicht oder nur selten akzeptiert. Die Prinzipienwörter haben dort die Oberhand, und die Revisionisten müssen sich fügen. Manches Gesetz kam nicht zustande oder nicht in einer besseren Form, weil die Sozialdemokratie versagte und das Bessere für das Gute verlangte. Wenn man Fortschritte haben will, muß man das Erreichbare nehmen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heine ließ sich in der Sitzung vom 26. Nov. 1906 also vernehmen: „Ach, meine Herren, wir haben hier so manches gesehen gegen das Bessere wollen der Herren vom Zentrum, weil die Regierung eben sagte: „wenn nicht, dann nicht, wenn ihr nicht nachgibt, lassen wir das ganze Werk scheitern“, gerade wie beim Vereinsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs. . . .“

Gewiß, das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen vielen Verbesserungen gegenüber dem alten Rechte wäre ebensowenig zustande gekommen, wie die Sozialgesetzgebung für die Arbeiter, Gewerbetreibenden und Bauern, wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht mit den verbündeten Regierungen verständigt hätten. Die Reichsversicherungsordnung wäre ebenfalls unter den Tisch gefallen und nichts wäre erreicht worden, wenn der gesamte Reichstag die Taktik der Sozialdemokraten befolgt hätte.

Den Sozialdemokraten ist es auch gar nicht darum zu tun, gute Gesetze für die Arbeiterschaft oder gar für andere Stände zu erhalten. Das Parlament, die Reichstagstribüne, dient ihnen dazu, zerkende Kritik zu üben an den Mängeln unseres Staats- und Wirtschaftslebens. Es soll bei den großen Massen der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die Sozialdemokratie es besser machen könne, als ob sie die Partei des Volkes sei. Ihre agitatorischen, vielfach gar nicht durchführbaren Anträge dienen demselben Zweck. Die urteilslose Masse wird so hinteres Licht geführt. Selbst mancher Urteilsfähige, der von dieser parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie keine Ahnung hat, läßt sich blenden und läuft dem Radikalismus nach. Das ist der Zweck der sozialdemokratischen Parlamentstaktik. Der langjährige Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, der Abg. Paul Singer, hat auf dem Parteitag in Halle schon betont, die Sozialdemokraten benützen die parlamentarische Tätigkeit nur als Agitationsmittel. Der Restor der deutschen Sozialdemokratie, Bebel, vertrat auf dem Parteitag zu Erfurt 1890 denselben Standpunkt, indem er sagte:

„Für uns handelt es sich zunächst nicht darum, ob wir dieses oder jenes erreichen, für uns ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“

Diese Auffassung von der Aufgabe der Sozialdemokratie im Parlament ist seither, namentlich von ihren Theoretikern und Akademikern, fast allgemein vertreten worden. Der bekannte Schriftsteller Genosse Barous schrieb 1909 in seiner „Korrespondenz“, daß für die parlamentarische Beurteilung von Gesetzesvorlagen sowie die Stellungnahme zu denselben für die Sozialdemokratie nicht etwa sachliche, sondern in erster Linie taktische Erwägungen maßgebend sind. „Daher“, so schrieb er, „sind alle Parteitage mit Kämpfen um die Taktik gefüllt, während die speziellen, oft hochwichtigen Gesetzesvorschläge kaum mehr Beachtung finden, als daß ein Nachmittag für ein Referat und eine Resolution eingeräumt wird.“

Die radikale sozialdemokratische „Leipz. Volksztg.“ hat noch im Vorjahr, in ihrer Nr. 103, dazu aufgefordert, sich „der parlamentarischen Tribüne als wirksames Agitationsmittel zu bedienen“.

So liegt es also klar, die Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie, ihre Reden, Anträge und Abstimmungen dienen der Bauernfängerei, dem Stimmenfang. Obwohl auch ihrer Vertretung bekannt ist, daß Gesetze zumeist nur auf dem Wege von Kompromissen zustande kommen können, stellen sie Anforderungen und Anträge, die andere Parteien nicht stellen können, und erschweren so die Parlamentsarbeit. Sie gebärden sich als unbeugsame, aufrecht stehende Parteimänner und handeln doch, nach Vollmar, in der Tat wie politische Kinder. Diese unehrliche Taktik wird dadurch gefördert, daß die sozialdemokratische Agitation im Parlament, außerhalb desselben, in Versammlungen und Presse als ernste Arbeit hingestellt wird. Daß weiter diejenigen Parteien, welche den sozialdemokratischen Wundzäuber nicht mitmachen und in erster Arbeit sich betätigen, beschimpft und beim Volke verdächtigt werden. Was wird von jener Seite nicht alles in Verhezung der Arbeiterschaft geleistet! Die margende Aufklärung weiter Volkskreise über das par-

lamentarisch Mögliche erleichtern diese traurige Aktion. Die sozialdemokratischen Agitatoren nehmen so ziemlich alles, was als Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung oder des politischen Fortschritts durch das Parlament erreicht worden ist, als Verdienst ihrer Fraktion in Anspruch, für das, was nicht erreicht wurde, werden die bürgerlichen Parteien verantwortlich gemacht, vielfach auch nur die diesen angehörenden so verhassten Abgeordneten aus dem Arbeiterstande.

Wie derartige Agitationsmanöver einzuschätzen sind, geht aus den vorausgehenden Ausführungen hervor. Aus den eigenen Reihen der Sozialdemokratie kommen Stimmen von Männern der Praxis, die gegen das Gebahren der Sozialdemokraten in den Parlamenten Front machen und die verlangen, daß sie endlich praktische, vernünftige Politik treiben. Seitdem die Sozialdemokratie mit 110, jetzt 111 Mann als stärkste Fraktion im Reichstag vertreten ist, verlangen auch die Radikalen mehr von ihren Vertretern; die vielen Versprechungen der sozialdemokratischen Partei wollen sie eingelöst haben. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteigänger und der Mittläufer ist wohl der Meinung, es müßte der sozialdemokratischen Fraktion nun ein leichtes sein, ihre Wünsche zu erfüllen, zumal vorher die bisher stärkste Fraktion, das Zentrum, verantwortlich dafür gemacht worden war, wenn gewisse Wünsche nicht erfüllt wurden. Nun sehen sich die Sozialdemokraten gezwungen, auch den breiten Massen gegenüber Farbe zu bekennen. Sie müssen gestehen, daß es Aufschneidererei war, zu sagen, wenn wir stark im Parlament vertreten sind, werden wir alles machen. Nach dem „Vorwärts“ vom 28. März 1912 schilderte Genosse Hente-Bremen in einer sozialdemokratischen Versammlung im Elysium zu Berlin „die Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiter im Reichsparlament verbunden sein werden“. Ein Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse warnt davor, die Hoffnungen hoch zu spannen. Ja, in einer Abhandlung über die Arbeiten des jetzigen Reichstages schreibt die rote „Leipz. Volksztg.“ vom 24. Mai 1912:

„Wer geglaubt hat, daß dieser Reichstag der roten 110 einen für die Regierung besonders schwierigen, für die arbeitenden Massen besonders förderlichen Charakter offenbaren würde, ist schnell enttäuscht und ernüchtert worden. Noch nie war ein Reichstag den Wünschen der Regierung gegenüber so gefügig, wie der jetzige.“

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ (Nr. 118) geht noch weiter und sagt: „Man kann, gerecht abwägend nach allen Seiten, nur sagen: durch die Verstärkung der Sozialdemokratie ist einiges besser geworden, es sind aber auch zugleich die Widerstände gegen die freiheitliche Weiterentwicklung des Reiches an manchen Stellen gewachsen.“

Die „Freisinnige Ztg.“ hat dies schon vorher ausgesprochen. Sie schrieb in ihrer Nummer vom 6. Dez. 1911: „Je größer die Zahl der sozialdemokratischen Mandate, je heißt es auch im Wahlspruch der Fortschrittspartei, desto größer die Gefahr des Rückschlags, desto näher eine innere Krisis, die nur der Reaktion zugute kommt.“ An der Richtigkeit dieses Satzes ist nicht zu zweifeln, das wird selbst von Sozialdemokraten zugegeben.

Die sozialdemokratische Parlamentsarbeit hat also ein gründliches Fiasko erlitten, ebenso wie ihr Programm. Ihre Selbstentlarung hat begonnen. In der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags treten erhebliche Meinungsverschiedenheiten bereits offen zutage. Sie werden mit allen möglichen Mitteln zu vertuschen gesucht. Die Unfähigkeit der Sozialdemokratie für praktische Gegenwarts politik ist jedoch längst bewiesen. Den denkenden Volkskreisen, insbesondere aber der denkenden Arbeiterschaft ist es längst klar geworden, daß von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten ist. Der Nationalökonom Dr.

n. Werkstern wird Recht behalten, der auf dem Kongress der evangelischen Arbeitervereine gesagt hat: „Ein Sieg der Sozialdemokratie ist ganz undenkbar. Staat und bürgerliche Gesellschaft sind nicht greifbar, sondern stark, jung, entwicklungsfähig. Sie haben eine Dauer vor sich, so lang wie eine geologische Periode. Die sozialdemokratische Utopie ist in unserer Zeit wie andere Gebilde machtlos ausgefallen. Sie wird aber von der wirklichen Entwicklung wie alle ihre Vorgänger verzehrt werden.“

Die Anhänger der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind sich dessen bewußt und treten der irreführenden Sozialdemokratie mit Entschiedenheit entgegen. S. P.

Führer und Mitglieder.

Man schreibt uns aus Mitgliederkreisen:

„In Nr. 29 unseres Verbandsorgans wurde mit Recht auf das Gebahren einiger Tageszeitungen hingewiesen, welche in ganz allgemein gehaltener Weise zum Ausdruck brachten, daß die Arbeiterführer ein behagliches Dasein auf Kosten der Arbeitergroßen fristeten.“

„Trotzdem schon in dem betr. Artikel in Nr. 29 in entscheidender Weise gegen solche Beleidigungen und Unterstellungen protestiert wurde, sei mir gestattet, noch einige Ausführungen im allgemeinen Sinne zu obigem Kapitel zu machen.“

Die gekennzeichnete Kampfweise gegen Arbeiterführer nimmt in letzter Zeit an Umfang zu. Selbst auch solche Organe beteiligen sich daran, die einerseits viel auf guten Ton halten wollen und andererseits vorgeben, mit unserer Bewegung zu sympathisieren. Vielfach sollen denn auch solche Artikel nur dazu dienen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dürften sich hinreichend andere und wirksamere Gelegenheiten bieten. Auch wird man m. E. der Mehrzahl der sozialdemokratischen Führer, besonders den sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen, mit einer solchen Bekämpfung Unrecht tun. Allerdings kann man berechtigterweise über die Gesinnung und das Leben mancher „Gelehrten“ in der sozialdemokratischen Partei, die das Glend der Arbeiter grau in grau malen und es auch meisterlich verstehen, an die Leidenschaften und niedrigsten Instinkte zu appellieren, seine besondere Meinung haben. Meist sind dies aber jene „Größen“, die unter dem Namen „Salonsozialisten“ verstanden werden und von denen der Abg. Giesberts, gelegentlich der Debatten im Reichstag über den Ruhrbergarbeiterstreik, in Erwiderung auf die persönliche Verunglimpfung unseres Kollegen Schipper durch sozialdemokratische Organe, sagte, daß sie noch nie einen Finger in schwerer körperlicher Arbeit krumm gemacht hätten.

Soweit jedoch unsere Gewerkschaftsbewegung mit ihren Führern in Frage kommt — das gleiche gilt für die Angehörigen der konfessionellen Arbeitervereine — wird es wenig von den Leuten, die Artikel, wie die in Nr. 29 unseres Organs gerügten, in die Welt setzen, geben, die mit den genannten Arbeiterführern tauschen möchten. Es kann auch ruhig ausgesprochen werden, daß manche Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder oft eine durchaus unwürdige Vorstellung von der Position und Arbeit ihrer Führer haben. Es sei dahingestellt, inwieweit die wenig einwandfreie Sache von Außenstehenden und Gegnern unserer Bewegung hieran schuld ist.

„Menschen sind die Menschenkinder.“ sagt ein bedeutender Dichter. Diese Worte gelten natürlich auch für die Angehörigen der Organisation. Es hat Führer gegeben, und die Zukunft wird uns vielleicht auch nicht ganz davon verschonen, denen es an dem nötigen sittlichen Ernst und der hohen Auffassung ihrer Aufgabe fehlte. Im allgemeinen darf aber gesagt werden, daß die Beamten der Arbeiterbewegung eine verantwortungsvolle und viel Hingebung erfordernde Arbeit verrichten. Es gibt Arbeiterkreise, die nur äußerlich den Menschen und auch den Führer ihrer Bewegung beneiden. Hat einer eine „schönen Krage“ um, so reißt das vielfach hin, um schon daraus zu schließen, daß der Betreffende aller Sorgen entbunden sei. Wie unwichtig derartige Ansichten sind, scheint manchem gar nicht zum Bewußtsein zu kommen. Der Gewerkschaftsbeamte ist gezwungen, auch äußerlich in etwa auf „jemanden Menschen“ Rücksicht zu nehmen. Auch das gehört mit zu den „notwendigen Anseherlichkeiten“, um sein eigenes und der Bewegung Ansehen zu wahren. Nach der Seite treten zunächst manche Anforderungen an den Führer heron in Kleidung und sonstigen Bedürfnissen, die eine vielseitige Tätigkeit von selbst mit sich bringt, mit denen der Kollege auf der Arbeitsstätte weniger zu rechnen hat. Die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten gehen zumeist nicht über das Maß dessen hinaus, was genügt, um den Bedürfnissen einigermaßen gerecht zu werden. Es gibt manche Mitglieder in der Gewerkschaft, die in ihrem Einkommen besser gestellt sind, als ihre Führer. Wenigstens trifft das für manche Bereiche zu. Nun sind ja die Verhältnisse ganz verschieden. Selbst in den einzelnen Branchen sind die Lohnverhältnisse nicht die gleichen. Wesen z. B. in unserer Textilindustrie jeweils die verschiedenen Lagedestale schon erhebliche Unterschiede auf, so gilt das noch

mehr für die einzelnen Branchen unserer Industrie. Ob Seiden- oder Sammetweber am Niederrhein oder Baumwollweber im Münsterland, ist bezüglich des Verdienstes immerhin noch ein erheblicher Unterschied. Dementsprechend aber die Gehälter der Beamten regeln zu wollen, wäre ein Unding und eine Rückständigkeit; nebenbei auch eine Ungerechtigkeit dem betreffenden Beamten gegenüber.

Es sei hier auf einen Punkt hingewiesen, der in den Verhältnissen des Arbeiterführers meistens wenig beachtet wird, nämlich das Familienleben. Dieses leidet durchweg außerordentlich unter der Unregelmäßigkeit der ganzen Arbeit des Beamten, die — besonders des Sonntags — eine Anwesenheit in der Familie zu den sonst gewohnten Zeiten nur selten ermöglicht. Was bei anderen vereinzelt vorkommt und dann schon unangenehm empfunden wird, bildet in der Familie des Gewerkschaftsbeamten so ziemlich die Regel. Derjenige, der die Verhältnisse kennt und auch darüber nachdenkt, wird wahrhaftig nicht im Ernst behaupten können, daß das „behagliche Leben“ der Arbeiterführer in Wirklichkeit existiert. Im Gegenteil, die ernst zu verrichtende und dementsprechend aufgefasste Arbeit erfordert ein hohes Maß von Liebe zur Sache, Geduld und Selbstüberwindung. Man könnte manchem, der daran zweifelt, es gelegentlich der sich ja reichlich bietenden Gelegenheiten mal überlassen, an Stelle des Gewerkschaftsbeamten in diesem oder jenem Streit der Meinungen vermittelnd eingzugreifen, zu schlichten, hier und da nötigenfalls auch mal gründlich gegen den Strom zu schwimmen, eine verworrene Sache mit überlegener Taktik zu Ende zu führen, mit den Gegnern die Klänge zu kreuzen usw. Das sind alles Aufgaben des Führers, die vielfach noch außerhalb der sonstigen zu verrichtenden geistigen Arbeiten liegen. Ein kluges Operieren des Beamten in schwierigen Situationen, wo die Verantwortung desselben doppelt groß ist, kann, besonders in unserem heutigen Zeitalter der großen Machtkämpfe, der Organisation und den Mitgliedern ungemein viel Nutzen bringen.

Vielfach ist auch die wenig erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß die geistige Arbeit — auch die der Beamten — nicht als Arbeit gewürdigt wird, die besondere Anstrengung verlangt. Man ist nur zu leicht geneigt, hinter einem geistig Arbeitenden einen „Nichtstuer“ zu vermuten. Und doch würde man bei genauerem Zusehen dort insolge nervenanstrengender Arbeit oft mehr Ermüdung vorfinden, als bei einem Handarbeitenden. Es dürfte nicht unangemessen sein, hier die Worte Dr. Sonnenscheins, die derselbe auf der Nachener Verbandsgeneralversammlung aussprach, anzuführen. (Protokoll der Nachener Verbandsgeneralversammlung S. 343.)

„Wie schwer ist es, Massen zum Verständnis geistiger Arbeit zu bringen. Wie muß der Gewerkschaftssekretär ringen damit, daß man seine Arbeit anders bewertet als die Arbeit am Straßenpflaster oder am Webstuhl. Eine bewusste Erziehung zur Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Funktionen der verschiedenen Bevölkerungsklassen im Gemeinschaftsleben muß eintreten. Geistige Arbeit bedarf der Anerkennung handarbeitender Kreise. Die Mitglieder der Gewerkschaft müssen wissen, daß ein gut geschriebener Artikel ihres Gewerkschaftsblattes, das eine feinfühlende Taktik tausendmal mehr Wert hat, als 25 Stunden Flugblattverteilung, die in den Dienst der Gewerkschaft gestellt wird. Es kann einer drei Monate in der Bewegung arbeiten und seinen gesamten Lohn hineinstecken, und er ruiniert doch die Sache, während ein anderer, der geschickt ansatz und überlegen operiert, zum Ziel kommt. Hochachtung vor geistiger Arbeit ist Voraussetzung für gute Gewerkschaftsarbeit. Darum ist nicht rückständiger, als die Hege einzelner Zeitungen gegen die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten. Da muß bewußte Erziehungsarbeit, besonders aber durch die Presse, einsetzen.“

Soweit Dr. Sonnenschein. Oft sind es Elemente, die von Uebelwollen gegen die Gewerkschaften besetzt sind, die durch ihre Hegeereien bedingfügigen, den Geist des Mißtrauens und der Zwierracht in die Kreise der organisierten Arbeiter hineinzutragen. Gegenseitiges Vertrauen zwischen Mitgliedern und Führern ist notwendig. Tut der Beamte seine Pflicht und es beginnen dennoch solche angebendete Erscheinungen in Mitgliederkreisen gegen Beamte sich festzusetzen, so muß den Leuten allen Ernstes gesagt werden, daß ihr Verhalten wenig mit dem Ziel des Gewerkschaftlers harmonisiert und auch eine Inkonsequenz ist, insofern, als sie in diesem Falle als Arbeitgeber Ansichten hegen, die sonst an Arbeitgebern bekämpft werden. Der Beamte bedarf, um jenseits zu wirken zu können, der Arbeitsfreude, des „Angehens in seiner Arbeit“. Durch das Aufkommen solcher Ansichten werden diese unangenehm notwendig Eigenschaften dem Beamten in geradezu herzloser Weise beeinträchtigt.

Es gibt Leute, die in ganz unfairer Lieblosigkeit von dem „behaglichen Leben der Arbeiterführer auf Kosten der Arbeitergroßen“ inseln, die mit dem Einwand kommen, die Beamten „leben von Arbeitergroßen“ usw. Wie lächerlich sich diese Kreise mit solch tiefstehenden Argumenten machen, scheinen sie selbst nicht zu wissen. In unserem heutigen Wirtschaftsleben mit seinen Tätigkeitsmöglichkeiten ist der eine auf den anderen angewiesen, oder — um den kühnen Ausdruck zu gebrauchen — der eine lebt von den „Großen des anderen“. Der Arbeiter findet Verdienst und Existenz in der Industrie, beim Arbeitgeber. Der Arbeitgeber ist wieder auf die Arbeiterkraft angewiesen. Der Arzt lebt von Patienten; der

Geschäfts- und Kaufmann von den Konsumenten; der Staat und die Staatsbeamten von den Steuern usw. Diese Logik dürfte den Vorzug der Richtigkeit haben, und die angeführten Tatsachen sind eigentlich so selbstverständlich, daß es nicht nötig sein müßte, sie eigens noch zu erwähnen.

Es gibt aber jenen Personenkreisen gegenüber, die in solch unfairer Weise operieren und Mißtrauen zwischen Führer und Mitglieder säen möchten, eine vorzügliche Antwort. Sie dürfte uns umsomehr nicht schwer fallen, weil es vielleicht jene Kreise sind, denen der Aufstieg des Arbeiterstandes mit Hilfe der Gewerkschaften ein Dorn im Auge ist. Die Antwort besteht darin, daß Beamte und Mitglieder in treuer Pflichterfüllung und gegenseitigem Vertrauen ihren Weg gehen, unbelümmert derjenigen Kreise, die letzteres untergeben möchten.“ o.

Das Ganze: Halt!?

Gelegentlich der Jahrhundertfeier der Kruppischen Werke in Essen ist das hohe Lied der Arbeit und des Kruppischen Verdienstes in hohen Tönen gesungen worden. Mit vollem Recht. Was die Kruppische Familie geleistet hat, ist des Lobes und des Bewunderns wert. Die Bedeutung der Kruppischen Unternehmungen für das ganze deutsche Wirtschaftsleben ist außerordentlich groß. Jedoch hätte man erwarten dürfen, daß bei dieser Gelegenheit in all den Reden und Zeitungsartikeln auch der Arbeiter des Riesenunternehmens mehr gedacht worden wäre, die doch auch einen nicht geringen Anteil an all dem Ruhm haben, den die Leiter des Betriebes in den letzten Wochen in so reichlichem Maße angerechnet bekommen haben. Jedoch, das nur nebenbei; auf eine andere Seite der Feierlichkeiten wollen wir hinweisen, auf die in einem lebenswerten Artikel des Münchener „Arbeiters“ besonders Gewicht gelegt wird.

„Die letzte Woche“, so schreibt das genannte Blatt, „sah die Jahrhundertfeier der Kruppischen Werke in Essen und damit große Feierlichkeiten in der Kanonenstadt. Mit Recht: Denn es war recht eigentlich ein Lob der Arbeit und des nimmermüden Fleißes, das da von vielen Rednern gesprochen wurde; besonders auch vom deutschen Kaiser, der den seit langem schon vorbereiteten Feierlichkeiten selbst beiwohnte.“

Was uns aber im Zusammenhang mit diesem hohen Lied der Arbeit im besonderen interessiert, ist das Echo, das die Essener Reden auf die Pfade der Sozialpolitik warfen. Man braucht durchaus kein Schwarzseher zu sein, um aus ihnen zu fühlen, daß einflußreiche Kräfte seit langem bemüht sind, aus dieser Tagung Kapital für sich zu schlagen, und es in die Welt hinausrufen: Wir wollen eine andere Sozialpolitik.

Also, man verstehe recht! Nicht, wir wollen keine Sozialpolitik, nur eine solche, die unseren Interessen mehr Konzessionen macht. Der deutsche Kaiser hat in einer längeren Ansprache das Haus Krupp als eine Musterstätte der Wohlfahrts-Einrichtungen gepriesen und ihm weiter das Komplement gemacht, daß es durch seine Einrichtungen manches beigetragen habe zur Einleitung unserer heutigen Sozialpolitik. Beides mag man mit manchen Einschränkungen in etwa gelten lassen, wenngleich sich die Wohlfahrts-Einrichtungen der großen Betriebe in ihrer praktischen Wirkung nur zu oft als goldene Ketten für die Arbeiter erwiesen und wenngleich diese Wohlfahrts-Einrichtungen eben so sehr im Interesse der Werke errichtet wurden, die eben ihre Arbeitermassen ohne solche Einrichtungen nicht konzentrieren konnten. Dessenungeachtet kannte die christliche Arbeitererschaft diese Wohlfahrts-Einrichtungen, dort, wo sie es wirklich sind, rückhaltlos als solche an.

Auch auf die Sozialpolitik müßen die Kruppischen Unternehmungen einigen Einfluß ausgeübt haben; den Hauptantrieb haben freilich andere Momente gegeben: Die Unmöglichkeit, die sozialdemokratische Bewegung mit Ausnahmegefahren zu bekämpfen und der steigende Notstand der Arbeitererschaft, hervorgerufen durch ihre Schutzlosigkeit. Im gewissen Sinne allerdings ergibt sich eine Wesensähnlichkeit zwischen den Kruppischen Mitteln sozialer Fürsorge und jenen der ersten sozialpolitischen Versuche in Deutschland: Der patriarchale Grundgedanke. Bismarck, der aus den Traditionen des hochkonservativen Altpreußentums herausgewachsen war, glaubte mit der Arbeiterfürsorge der ersten 80er Jahre, den Arbeiter zur Dankbarkeit gegen den gebenden Staat zu erziehen, er rechnete aber nicht mit dem Geiste, den die Pressefreiheit und das Wahlrecht in die Massen getragen hatte und rechnete nicht damit, daß die Arbeitererschaft nicht ein Kostgängertum beim Staate wünscht, sondern gleichberechtigte Einordnung in die bürgerliche Gesellschaft verlangt.

Warum wir dies hier sagen? Weil sich aus diesem Grundgedanken Bismarckscher Sozialpolitik und den Reden auf der Jahrhundertfeier der Firma Krupp bestimmte, verwandte Zeengänge ergeben. Was im Anschluß an die Ansprache des Kaisers der Vorsitzende des Direktoriums der Kruppischen Werke, Geheimrat Eugenberg, darlegt, kann allen Weiteres entbehren, zunächst nicht anders gedeutet werden, denn als Bink sowohl an die Reichsregierung wie an die bürgerlichen Parteien, nicht sich vom „richtigen Verständnis“ für die Wesens- und Lebensbedingungen des modernen Großindustriebetriebes ableiten zu lassen durch zu weitgehende Konzessionen an die, von manchem Hochschallatgeber aus begünstigte Theorie des Staatssozialismus. „Das Mißverstehen der Triebfeder des heutigen Großbetriebes ist einer der Hauptgründe dafür, daß der Gedanke möglich war und viele Tausende begeistern konnte: europäische Menschen anders als auf der tief in ihrem Innersten verantworteten Grundlage des Individualismus zu regieren oder sich

regieren zu lassen." Geheimrat Hugenberg reißt die Unternehmer ein in die Gesamtheit der in ihren Betrieben Beschäftigten, in die tiefwurzelnde Arbeits- und Werkgemeinschaft, "die stärker ist als alle Mächte, die horizontal teilen wollen, was von der Wurzel bis zur Krone ein einheitliches Gebilde ist".

Ein großer Teil der Tagespresse ist über diese Redeblume hinweggegangen, konservative Blätter bis hinüber zur literarischen Vertretung des Großindustrielliberalismus waren über die gesamten Reden in ein einziges Entzücken geraten.

Wir als Arbeiter haben die Sache wesentlich nüchterner aufzufassen: Unter dem Gesichtswinkel verschiedener Erscheinungen der Gegenwart beleuchtet, die wir gelegentlich noch ausführlicher behandeln werden, und im Rahmen mancher übriger Reden auf der Essener Tagung, ist der Hugenberg'sche Satz nicht anders als eine Propaganda für — die „wirtschaftsfriedlichen gelben Arbeitervereine, für die ja auch gerade bei Krupp unter dem Deckmantel der „Grundlage des Individualismus“ in besonderem Maße die Werbetrömmel gerührt wird. Nur wird hier der „Individualismus“ in dem recht einschränkenden Sinne aufgefaßt, daß man als ein solcher „individualisierter“ Arbeiter jeder selbständigen, von den Unternehmern unabhängigen Arbeiterbewegung den Rücken lehnen müsse.

Mag sein, daß Herr Geheimrat Hugenberg diese Deutung seiner Ausführungen nicht in der letzten Konsequenz beabsichtigte; gelassen lassen muß er sie jedenfalls, denn es ist nahezu ein Stück Programm der Gelben, daß die Arbeiter mit dem Arbeitgeber „einen Staat im Staate bilden“ wollen.

Darum möchten wir unsere sozialpolitisch fortgeschrittenen Parlamentarier und Parteien auf die grundsätzliche Tragweite solcher Ausführungen, wie sie in Essen gefallen sind, aufmerksam machen. Im Interesse der unabhängigen Arbeiterbewegung muß man derartige sozialpolitische Signale, die sich ausnehmen wie ein „Halt! Der ganzen Richtung!“ aufmerksam hören und ihnen, wenn und wo es nötig ist, energig entgegenarbeiten.“

Gehört die Arbeiterin in die Gewerkschaft?

Es gibt viele Gründe, welche die Arbeiterin abhalten, einer Gewerkschaft beizutreten, Gründe, die vielleicht ganz sichhaltig wären, wenn wir in einer anderen Zeit lebten. Mein Augenmerk will ich heute nur auf einen Einwand richten: Die Frau gehört, weil sie Frau ist, nicht in die Gewerkschaft. Selbst wenn in dieser Auffassung ein Körnlein Wahrheit liegt, so stehen dem aber doch eine solche Menge Tatsachen gegenüber, daß dieses Körnlein so zum Atom wird, daß eigentlich nichts mehr davon zu sehen übrig bleibt. — Allerdings, unsere Frauen in der christlichen Gewerkschaft wollen wir nicht als Agitatoren sehen gleich einer Betkin und Rosa Luxemburg, welche Massenaufregung und Klassengegenüberstellung hervorrufen. Nicht dadurch verliert die Frau an Weiblichkeit, daß sie redet, sondern durch die Art und Weise, wie sie redet. Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder kann in aufwieglicher, formloser Art vor sich gehen, sie muß dies aber nicht. Vielleicht erreicht eine Frau oft mehr durch stille intensive Haus- und Familienagitation, als durch große Demonstrationen in der Öffentlichkeit. Ja, ich bin sogar der Meinung, daß das wirksamste Mittel der Agitation die Hausagitation ist und daß auch gerade die Frau die geeignete Persönlichkeit ist, diese Art Agitation erfolgreich zu betreiben. Wie in vielen anderen Dingen, heißt es also auch hier, nur die Arbeit richtig verteilen und nicht, weil unter Umständen eine Art der Gewerkschaftsarbeit der Frau nicht ansteht, deshalb jede Betätigung auf diesem Gebiete verurteilen. Das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten.

Die Erfahrung zeigt auch, daß Betriebe, welche organisiert sind, kulturell höher stehen als solche, die nicht für die Organisation zu gewinnen sind. Von mancher Fabrik heißt es, die Mädchen stehen sittlich zu tief, als daß sie der Organisation jemals zuzuführen wären.

Die Fabrikarbeit der Frau mit all ihren vielen Begleitererscheinungen birgt in sich die Gefahr, die Weiblichkeit zu untergraben und Ungebundenheit zu erzwingen, nicht aber die Gewerkschaft, die gerade danach strebt, all diese Mißstände zu beseitigen. Jedenfalls steht die Möglichkeit einer Entweiblichung durch die Gewerkschaftsarbeit in keinem, in gar keinem Verhältnis zu der Gefahr, die in der Beziehung die Fabrikarbeit in sich birgt.

Im übrigen ist auch das Frauenideal mit der Zeit ein ganz anderes geworden, und das Mädchen mit dem Strickstrumpf in der Hand verlor heute nicht das einzige berechnete Frauenideal. Als der Sport in Deutschland aufkam, galten auch die Damen, die sich damit besaßen, für unweiblich. — Heute wird niemand etwas darin finden, eine Dame mit dem Tennisschläger zu sehen, es sei etwa, daß sich dem Vorübergehenden der Gedanke aufdrängen mag, jene habe viel Zeit! Das ist auch im Wesentlichen alles. — Jeder Neuerung im Frauenleben und -arbeiten will die Ueberlieferung einen Hemmschuh setzen. Ist der Reiz des Neuen für die Umwelt dahin, so gewöhnt sie sich an das anfänglich unweiblich Erscheinende und sie empfindet es dann in der Tat nicht mehr als unweiblich.

Jedenfalls dürfen wir eine große, wichtige und notwendige Bewegung nicht wegen Möglichkeit einer Einbuße der Weiblichkeit leiden lassen, sondern vorwärts an die Arbeit gehen, Auswüchsen vorbeugen und dort, wo sie vorhanden, diese beseitigen.

v. F.

Beseitigung der durch das Rietblatt verursachten Störungen beim Weben.

Nachdruck unterfragt.

f. Das Riet oder Webblatt ist durch seine allgemeine Bestimmung zur Erzeugung der verschiedenen Gewebe unbedingt notwendig. Speziell nach einer zweckdienlichen Anwendung im Einzelfall richtet sich der Ausfall der Ware und ihr Aussehen. Aber nicht allein auf den Ausfall und das Aussehen der Ware wirkt das Rietblatt ein, sondern es vermag außerdem auf den Webprozeß im besonderen einen ganz gewaltigen Einfluß auszuüben. So kann allein durch Verwendung eines ungeeigneten Webblattes die Produktionsmöglichkeit ganz oder teilweise in Frage gestellt werden. Häufige Fälle in der Praxis haben ergeben, daß sich die Beschaffenheit des Kettenmaterials nicht immer nach der vorgeschriebenen Dichte und der Anwendung eines dieser Dichte entsprechend angepaßten Blattes richtet. Nicht selten kommt es vor, daß man mit Rücksicht auf die Produktionsmöglichkeit, selbst wenn es zum Nachteil des Warenausfalles wäre, zu einem lichterem Blatte greifen muß. Eine Maßnahme macht sich besonders dort notwendig, wo die Stärke des Fadens mit der Qualität des Fadens nicht im Einklang steht. Die Praxis zeigt hierin Fälle, die eine Berechnung und Vorherbestimmung einfach zu nichte macht. Man wird eintretenden Falles genötigt, die begonnene Arbeit wieder einzustellen und ein angebotenes Blatt einfach wieder wegzuschneiden, um ein lichtereres, für das Verweben der Kette geeigneteres Blatt anzusetzen. Es wird zwar bei Verwendung eines solchen Blattes der Ausfall der Ware sichtlich beeinträchtigt werden, doch steht vor allem die Möglichkeit eines Verwebens des Kettenmaterials im Vordergrund. Man ist da eben bez. der Produktionsmöglichkeit gezwungen, das größere mit dem kleineren Uebel zu vertauschen; denn ein Uebel bleibt auch solch eine Maßnahme zu Gunsten des Kettenmaterials.

Es bleibt sich z. B. nicht gleich, ob man ins Riet nur zwei oder drei Fäden paßiert, denn es treten da oft andere Unzuträglichkeiten zutage. Beim Blattwechsel können dieselben bereits einsehen und treten weiterhin bei weniger geübten Arbeitern durch ein Verziehen gerissener Kettenfäden in die Erscheinung; außerdem belommt das Gewebe durch die größeren Rietgassen ein weniger glattes Aussehen. In solchem Falle ist selbst ein intensiv nachfolgendes Appretieren nicht imstande, diese Mängel zu vermindern, geschweige denn ganz zu beseitigen, denn das feine glatte Aussehen eines Gewebes ist in erster Linie abhängig von der Feinheit des Rietblattes, d. h. von dem Abstand der einzelnen Rietstäbe zueinander. Je mehr solcher Rietstäbe also auf eine bestimmte Breite des Rietblattes verteilt werden, desto besser gestaltet sich die Verteilung und Führung der Kette und desto schöner fällt das erzeugte Gewebe aus. Es hält sich indes dieser Abstand der einzelnen Rietstäbe voneinander, wie aus obigem Beispiel zu entnehmen, bei Verarbeitung einer Kette von bestimmter Qualität in gewissen Grenzen. Diese Grenzen sind so eng gezogen, daß sie in Ausnahmefällen zum Greifen von Notbehelfen führen, denn schon eine schlechte Qualität des Rettengarns oder die Wahl einer stärkeren Rettengarnnummer kann zum zwingenden Grund einer solchen Notwendigkeit werden. Durch die lineare Anordnung der Dichte aneinander stehender Rietstäbe wird eine stark reißende Bewegung beim Hin- und Hergehen des Blattes verursacht, die eine schädliche Einwirkung auf die Kettenfäden ausübt. Man hat nun diesen nachteiligen Einflüssen auf die Beschaffenheit der Kettenfäden durch besondere Anordnung in der Konstruktions des Blattes entgegenzuwirken versucht; dieses Ziel erreichte man beispielsweise durch geteilte Anordnung (Doppeltstellung) der Rietstäbe, auch durch kreuzweise Anordnung der Rietstäbe u.

Nicht immer aber ist es das Blatt, welches auf die Kette nachteilig einwirkt, sondern auch der umgekehrte Fall, daß die Kette auf das Blatt einen direkt zerstörenden Einfluß ausübt, kann eintreten. Doch ist es nahezu eine Kuriosität, daß es gerade das so liberale seine Seidenmaterial (die Organin) ist, welches selbst das beste Stahlblatt nach kürzerem oder längerem Gebrauch durch die fortgesetzte Reibung an den Rietstäben diese beschädigt. Es kommt hier sogar häufig der sonst ungewöhnliche Fall vor, daß die seidenen Kettenfäden die Stahlrohre buchstäblich anfeilen, und zwar erfolgt dies hauptsächlich zu beiden Seiten des Gewebes im Augenblick des Herantretens des Blattes an den Warenrand. Dadurch, daß infolge Anziehens des Schusses und Einziehens der Ketten die Kettenfäden zu einem Teil in eine zusammengedrückte schräge Lage zum Riet kommen, findet eine stark reißende Bewegung statt, die bei dem Anschlag des Blattes an den Warenrand ihren Höhepunkt erreicht. Ist dieses Anfeilen der Stahlrohre durch die Seidenfäden so weit gediehen, daß es den Arbeitsvorgang störend beeinträchtigt, so redet man von „scharfen Rohren“, die dann dauernd Mißbilligkeit hervorrufen, wenn es nicht gelingt, das auftretende Uebel wieder vollständig zu beseitigen. Dieser Uebelstand kann den Arbeitsvorgang dermaßen beeinträchtigen, daß zuweilen eine vollständige Unterbindung desselben eintritt, denn jetzt sind es die Rohre, die wiederum ihrerseits eine Beschädigung der Kettenfäden verursachen. — Das einzige, was beim Auftreten dieses Uebels getan werden kann, ist eine schnelle Lageveränderung des Blattes in der Höhenrichtung, um die schadhast gewordene Stelle aus dem Bereich des Anschlages zu bringen. Selten wird nun anfangs beim Einlassen des Blattes in den Falz der Lade auf diesen Uebelstand durch möglichsten Hochstellen der Lade gebührend Rücksicht genommen, obwohl nur eine ganz geringe Mühe damit verbunden wäre. Man hält es eben meist nicht für nötig, Vorsicht zu gebrauchen.

Bei einem hochgestellten Blatte ist es sehr einfach und wirksam, das Blatt im Ladenaß millimeterweise herunterzulassen. Eine Millimeterverschiebung genügt, um wieder auf längere Zeit hinaus unbehelligt arbeiten zu können. Bei einem anfänglich gleich tief gestellten Blatte ist diese Möglichkeit von vornherein ausgeschlossen. Hier bleibt nur noch ein Ausweg übrig, nämlich die Verschiebung der Blattstellung nach oben. Diese Maßnahme ist zwar im allgemeinen auch von Erfolg begleitet, sie ist aber nicht so vorteilhaft wie die zuvor erwähnte. Abgesehen davon, daß die scharf gewordene Stelle im Blatte nicht aus den fadbildenden auf- und niedergehenden Fäden herauskommt und zuweilen doch noch ihren störenden Einfluß geltend macht, kann außerdem das Herausretzen des Bandes aus dem Falze ein Höherundhöhergehen mit dem Blatte verbieten. Dann ist nur noch ein Radikalmittel von allerdings durchgreifender Wirkung anwendbar, nämlich das Wegschneiden der ganzen Kette und erneutes

Einziehen derselben in das Blatt. Dies ist nun zwar eine etwas kostspielige Maßnahme, aber sie hilft wenigstens. Man kann hierbei das Blatt stürzen oder wenden. Da die beschädigte Stelle ausnahmslos nur dort sich befindet, wo das Blatt den Anschlag an den Warenrand führt, also immer in gleicher Höhe der Kettenspannung, so läßt sich beim Neuanfeilen des Blattes dieses verschiedentlich drehen und wenden. — Bei ungeeigneten Blättern aus weichem Metall (Messingblätter) hat man schon die Beobachtung gemacht, daß die äußeren straffen Kantenfäden die Rohre vollständig durchschnitten haben.

Allgemeine Rundschau.

Wichtige Fragen für unsere Textilarbeiterschaft. Die Abzugsverhältnisse der deutschen Textilindustrie sind im Laufe der Jahre nicht einfacher geworden. Nicht bloß muß unser Gewerbe den Inlandsmarkt zu halten versuchen, es muß sich unter immer größeren Konkurrenzschwierigkeiten seinen Platz auf dem Weltmarkt zu erhalten und auszudehnen trachten. Das ist auch eine Lebensfrage für die Textilarbeiterschaft. Aber beides wird unserer Industrie nur dann möglich sein, wenn sie in immer vollkommenerem Maße Qualitätsware herstellt. Darum ist die Erziehung des Textilarbeiters zur Berufstüchtigkeit und zur feineren Geschmacksrichtung nicht bloß eine Sache des Arbeiters selbst, sondern in ganz bedeutendem Maße eine Sache der Industrie, ja unserer ganzen Volkswirtschaft.

In der „Wertmeister-Zeitung“ vom 9. August spricht das in Meißner einer Textilfabrik mit folgenden Sätzen aus: „Die Pflege der Kunst, des Geschmacks und der Technik in der Industrie muß sich wie jede neue Wahrheit den Weg zum Verständnis durch jahrelanges beharrliches Ringen erzwingen; sie gehört zu denjenigen neuzeitlichen Forderungen, deren große Bedeutung für die wissenschaftliche Gestaltung der Dinge und der Weiterentwicklung des deutschen Volkes allgemein anerkannt und gewürdigt wird. Es festigt sich die Ueberzeugung, daß harmonisch erdachte und ausgeführte Musterungen, in welchen feinstes Empfinden für Verteilung, Verhältnisse, Effekte und Farbgebung herrscht, dazu angetan sind, Eindrücke von wohlthuender Wirkung zu ermöglichen. Die Umgebung, in welcher der moderne Mensch lebt, hat einen tiefen Einfluß auf sein seelisches Wohlergehen.“

Diese Fragen sind von einflussreichen Sozialpolitikern in den Vordergrund gestellt worden. Und das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man neben der Hebung der allgemeinen Bildung vor allen Dingen auf die Förderung der Berufsbildung, der beruflichen Tüchtigkeit und künstlerischen Ausbildung besonderen Wert legt.

Wenn das deutsche Volk in dem unaufhörlich sich steigenden Wettbewerbe der Völker der Erde bestehen will, dann stehen ihm Zeiten der intensivsten Inanspruchnahme seines künstlerischen und technischen Leistungsvermögens bevor. Die amerikanische Industrie macht stetig Fortschritte, und die Japaner und Chinesen entwickeln sich zu modernen Kulturvölkern. Der weitersehende Beobachter der volks- und weltwirtschaftlichen Ereignisse muß deshalb einigermassen pessimistisch gestimmt sein, wenn nicht mit allen Mitteln an der technischen und künstlerischen Berufsbildung unseres Volkes gearbeitet werden wird. Die Völker aber, die mit klarem Blicke die Strömung der Zeit erkannt, veraltete Anschauungen und Grundsätze beseitigt, rechtzeitig Reformen und Verbesserungen eingeführt haben, sind immer die glücklichsten Völker der Erde gewesen und werden es auch bleiben.“

Die V. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Keramik- und Steinarbeiter Deutschlands fand vom 4.—7. August in Mayen statt. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Verbandes wurde am 4. August eine Festversammlung abgehalten, an der sich auch die staatlichen und städtischen Behörden zahlreich beteiligten. Die Festrede hielt Herr Dr. Nieder-W.-Glabbach über das Thema: „Die Zukunft Deutschlands und die christlichen Gewerkschaften“. Als Vertreter des Gesamtverbandes wohnte Kollege Stegerwald der Tagung bei.

Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich der Verband in einer erfreulichen Aufwärtsbewegung befindet. Die Mitgliederzahl ist in der Berichtzeit von 5907 auf 7172 gestiegen. 532 sind aus anderen Verbänden übergetreten. Die Einnahmen allein an Mitgliederbeiträgen sind von 128 681 auf 178 591 M. gestiegen. Für Unterstützungszwecke wurden ca. 70 000 Mark verausgabt. In 82 Lohnbewegungen konnte für 5500 Mitglieder ein wöchentliches Mehrerlösdienst von 10 391 M. und eine Arbeitszeitverkürzung von 1380 Stunden die Woche erzielt werden. 32 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen, so daß der Verband zur Zeit an 37 Tarifverträgen mit 3911 Mitgliedern beteiligt ist. Auch an größeren Aktionen um besseren gesetzlichen Arbeiterschutz in der Keramik- und Steinindustrie hat der Verband eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet.

Mehrere Petitionen und persönliche Vorstellungen bezweckten besseren Schutz der einheimischen Steinproduktion gegenüber der Auslandskonkurrenz. Ferner Verwendung geeigneter Maße, Waagen und Gewichte in Steinbrüchen zur Feststellung des Arbeitslohnes, gesetzliche tägliche Höchst- arbeitszeit, auch für jene Steinarbeiter, die heute noch nicht unter den § 9 der Bundesratsverordnung, die den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauerzeten regelt, fallen. Des weiteren Ausgestaltung der am 31. März d. J. abgelaufenen Bundesratsverordnung, den Betrieb in Glashütten usw. be-

treffend, Verbot bezw. Einschränkung der Nacht- und Sonntagarbeit und eine gesetzliche Höchstleistungsauer in den Glasbläsen.

Eine weitere Eingabe bezweckte eine gesetzliche Regelung der täglichen Arbeitszeit für die bayrischen Spiegelglasarbeiter und Polierer. Auch zu dem in der Verichtszeit erfolgten Erlaß einer neuen Schließproduktion für den Steinbruchbetrieb hatte der Verband zuständigen Orts Stellung genommen.

Diese Arbeiten des Verbandes sind nicht ohne Erfolg geblieben. Die Generalversammlung hat zu den noch schwebenden Fragen Stellung genommen und diese in einer Anzahl einstimmig gefasster Entschlüsse niedergelegt. Ein längerer Vortrag mit anschließender Diskussion behandelte die Taktik bei Lohnbewegungen. Zu dem Vortrag über "Jugendorganisation" hatten sich außer Herrn Bürgermeister Dr. Pohl von Mayen eine Anzahl Vertreter der Behörden und konfessionellen Jugendvereine der Stadt eingefunden. Beschlissen wurde eine Aenderung der Krankenunterstützung des Verbandes, die eine nicht unwesentliche Erhöhung bedeutet, und Einführung einer Militärunterstützung für jugendliche Arbeiter. Der verdiente, langjährige Vorsitzende und Gründer des Verbandes, Herr A. Lechner, legte wegen vorgeschrittenen Alters sein Amt nieder. An dessen Stelle wurde der seitherige Redakteur der "Keram. und Steinarbeiterzeitung", Fromm, gewählt.

Die Unternehmerorganisationen in Deutschland.

Nach einem Bericht in der Juli-Nummer des Reichsarbeitsblattes haben die Unternehmerorganisationen in Deutschland vom Kaiserlich Statistischen Amte eine eingehende statistische Bearbeitung erfahren, deren Ergebnis in einem demnächst erscheinenden Sonderhefte der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll.

In der genannten Nummer gibt das Reichsarbeitsblatt vorläufig eine summarische Uebersicht über den Stand der Unternehmerverbände in Deutschland, der wir folgende Angaben entnehmen. Es wurden zu Beginn des Jahres 1912 gezählt an Arbeitgeberverbänden: Reichsverbände 101, Landes- und Bezirksverbände 443, Ortsverbände 2403, zusammen 2947. Von diesen beschäftigten sich nur allgemein mit Arbeiterfragen 175, im besonderen mit den Verhältnissen zwischen Mitgliedern und Arbeitern 2772. Die Zahl der Mitglieder betrug 123 662, die Zahl der beschäftigten Arbeiter 3 286 315. So die beruflichen Unternehmerorganisationen, hinzu kommen noch gemischte Verbände, zusammen 138 mit 8823 Mitgliedern und 1 091 960 Arbeitern. Die Entwicklung der Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren ergibt sich aus folgender Tabelle:

Table with 3 columns: Year (1910, 1911, 1912), Members (Mitglieder), Workers (Arbeiter). Data: 1910: 2613 members, 115 095 workers; 1911: 2928 members, 127 424 workers; 1912: 3085 members, 132 485 workers.

Wir sehen, die Arbeitgeber haben sich beachtenswerte Organisationen geschaffen. Den Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit werden sie indes nicht zu beeinträchtigen vermögen, wenn die Arbeiter auch ihrerseits in der gewerkschaftlichen Rüstung nicht ermüden und in geschlossener Disziplin und kluger Taktik ihre gerechten Forderungen verteidigen.

Zur Neugestaltung der Krankenkassen hat der preussische Handelsminister unterm 15. Juli d. J. an die Oberversicherungsämter einen Erlaß gerichtet, worin es u. a. heißt:

1. Die Landkrankenkassen und allgemeinen Ortskrankenkassen sind so zu errichten, daß sie am 1. Januar 1914 ins Leben treten. Ein früherer Zeitpunkt darf nicht gewählt werden, weil die materiellrechtlichen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung, insbesondere auch über die Erweiterung der Versicherungspflicht erst zu diesem Zeitpunkt in Kraft gesetzt sind. Andere Ortskrankenkassen als allgemeine Ortskrankenkassen können nicht mehr errichtet werden.

2. Die bestehenden Orts-, Betriebs-, und Innungskrankenkassen müssen bis zum 31. Dezember 1912 den Antrag auf Zulassung stellen. Die Zulassung ist mit der Wirkung vom 1. Januar 1914 ab auszusprechen. Bis zu diesem Zeitpunkte bleiben die bisherigen Satzungen voll in Geltung. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bestehende Krankenkassen, welche nicht zugelassen werden, gemäß Art. 21 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung zum 31. Dezember 1913 geschlossen sind. Sollen die Mitglieder der zu schließenden Kasse Mitglieder einer erst am 1. Januar 1914 ins Leben tretenden Kasse werden, so darf die Schließung erst zum 31. Dezember 1913 ausgesprochen werden. Wegen Umwandlung der bestehenden Baukrankenkassen in Betriebskrankenkassen wird auf Artikel 22 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung verwiesen. Baukrankenkassen, welche nicht umgewandelt werden, sind bis zum 1. Januar 1914 zu schließen.

3. Neue Betriebs- und Innungskrankenkassen können auch zu einem früheren Zeitpunkt als zum 1. Januar 1914 errichtet werden. Während hierbei für die Errichtung und das Verfahren die §§ 245 ff., 280 ff. der Reichsversicherungsordnung maßgebend sind, muß der Inhalt der Satzungen den Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen. Solche Kassen müssen aber auf Grund einer den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung genügenden Satzung ihre Zulassung vor dem 1. Januar 1913 nachsuchen. Nach diesem Zeitpunkt bis zum 1. Januar 1914 können Betriebskrankenkassen nicht ins Leben treten, da sie wegen nicht rechtzeitiger Stellung des Antrags auf Zulassung alsbald geschlossen werden müßten.

4. Die Gemeindekrankenversicherungen müssen nach Art. 14 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit der Verordnung vom 5. Juli 1912 zum 31. Dezember 1913 geschlossen werden. Bis dahin bleiben die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes, insbesondere auch die Vorschriften im § 12 in Kraft. Die Gemeindekrankenversicherungen können erst zum 1. Januar 1914 geschlossen oder aufgelöst werden, wenn die ihnen angehörenden Personen Mitglieder einer erst am 1. Januar 1914 ins Leben tretenden Krankenkasse werden sollen. Wird eine Gemeindekrankenversicherung früher beseitigt, so muß für die Versicherung der Mitglieder bei einer Krankenkasse nötigenfalls durch Anwendung der §§ 18a, 43a des Krankenversicherungsgesetzes Sorge getragen werden.

5. Ueber alle Aenderungen der Satzungen der bestehenden Krankenkassen beschließt nunmehr gemäß § 324 der Reichsversicherungsordnung das Oberversicherungsamt ohne Rücksicht darauf, ob die Aenderung mit der Durchführung der Reichsversicherungsordnung zusammenhängt oder nicht.

Mit der Beschlußfassung über die Errichtung allgemeiner Ortskrankenkassen und von Landkrankenkassen sowie über die Zulassung bestehender Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen ist so lange zu warten, bis über den Bericht, der auf den Erlaß vom 8. Mai 1912 zu erstatten sein wird, Entscheidung getroffen ist. Eine besondere Beschleunigung verbietet sich übrigens aus dem Grunde, weil die Musteratzungen noch nicht erschienen sind, und eine erfolgreiche Abfassung der Satzungen zur Zeit ausgeschlossen ist.

Sozialdemokratische "Freier". Von einigen christlich organisierten Belegschaftsmitgliedern der Firma Haarener Tuchfabrik GmbH. werden wir um Veröffentlichung folgender Zuschrift gebeten:

Als anfangs April d. J. die Lohnbewegung in unserer Firma, dank des klugen, taktischen Vorgehens unserer Verbandsleitung, mit einem annehmbaren Erfolge beendet wurde, glaubte sich der "Textilarbeiter" bemüßigt, an dieser Bewegung herumzuzögeln. In Nr. 14 des "Textilarbeiters" heißt es in Bezug auf die Dauer dieser Bewegung:

"Und hätten die im deutlichen Textilarbeiterverbände organisierten in Gemeinschaft mit den aus dem Hirsch-Dunckerischen Verbände nicht treibend dahinter gesehen, so hätte es wohl noch viel länger gedauert."

In der "Textilarbeiter-Zeitung" wurde dem Schreiber dieses Satzes die richtige Antwort gegeben, und noch bis in die letzten Wochen können anscheinend die Nachener Genossen diese Antwort nicht verwinden. Die tollsten Behauptungen wurden über diese Bewegung im "Textilarbeiter" und in der "Rh. Ztg." aufgestellt.

Kunstziehung im Arbeiterhause.

(Manderei von G. Weidner in der Dürer-Bundes-Korrespondenz.)

I.

Das fühlt auch gar mancher Arbeiter, der tagaus tagein an der Maschine steht und abends müde nach Hause kommt: daß mit den Sorgen um das tägliche Brot eigentlich nicht der Beruf des Menschen erfüllt ist, sondern daß zum Menschenleben noch etwas gehört, was über den Alltag und die Pflicht hinausgeht. Aber er selbst kann nicht zu diesem Höheren, zu dem Sonntäglichen des Lebens hinaufkommen, die Tagesarbeit nimmt seine ganze Kraft in Anspruch. Er muß sich mit dem Gefühl erfüllen Pflicht begnügen.

Aber nach dem Abendessen, wenn die Kinder zu Bett sind und Vater und Mutter die Zeitung lesen, dann kommt doch der Wunsch zutage, daß wenigstens den Kindern das werden möchte, was den Eltern fehlt. Und in wieviel Arbeiterhäusern mag wohl das Wort Kunstziehung nachgesprochen werden, wenn da im Blatt, immer wieder von "Kunstziehungstagen", von "Kunst dem Volke" und "Kunst im Leben des Kindes" geschrieben wird. Es liegt ja in dem Wortchen Kunst etwas von dem Sonnenstrahl der Freude, die auch das einfache Leben erhellt. "Oh wohl auch für unsere Kinder...". Sie mögen den Gedanken vielleicht gar nicht auszusprechen, denn das Wort Kunstziehung klingt so vornehm. Und wenn er wirklich die Zeitungsberichte durchliest, da bekommt der schlichte Arbeitermann erst recht das Gefühl, daß die Dinge, die da verhandelt werden sind, nur die reichen Leute angehen. Von künstlerischen Silberbüchern, von künstlerisch wertvoller Literatur ist da die Rede, und der Vater muß sich selbst gefallen, daß er nichts von der Kunst versteht. Soll er da vielleicht eine Kunstmappe kaufen und sie seinem Kinde geben mit den Worten: "Da hast du Kunst!" und vor dem fragenden Kindesblick sich genieren, weil er ja selbst nicht einmal sagen könnte, warum das Kunst ist, und der liebe alte Leinwand im Goldrahmen, der in der guten Stube hängt, mit Kunst wenig zu tun haben soll, wie er das so oft gehört hat. Er läßt also die ganze Geschichte ruhen und denkt: "Das ist für Arbeiterkinder nichts, oder der Lehrer wird's dem Kind wohl erklären. Wenn's ja kommen sollte, da möchte ich aber doch den lieben Leuten, die das Schlagwort "Kunst dem Kinde" und dem Volke" zu ihrem Ruhm gepredigt haben, einen ersten Sabel ansprechen, daß sie sich mehr und mehr in die Höhen der Gelehrsamkeit verloren und das wirkliche Leben dabei vergessen haben.

Wenn's euch recht ist, so machen wir jetzt ein kleines Plauderchen und unterhalten uns über die Frage, ob ein schlichter Arbeiter, der selbst nicht viel von Kunst versteht, wohl sein Kind zum Kunstverständnis erziehen helfen kann. Daß wir uns nun gleich von Anfang an richtig verstehen: Wir wollen aus diesem Kinde keinen Künstler machen! Das wird er von selbst, wenn er des Jungs dazu hat. Wir wollen nur erreichen, daß dein Kind Freude und Verständnis für die Kunst bekommt.

Soll es Freude an der Kunst haben, so muß es zu allererst lernen, sich überhaupt zu freuen. Da sind wir bei dem Satz angelangt, der für alle Eltern als oberstes Gebot gelten sollte: Schaff' frohe Jugend! Ihr müßt einsehen lernen, daß

alle bessere Zukunft unseres ganzen Volkes davon abhängt, daß wir uns wieder der Freude mehr hingeben. Brauch's dazu besonderen Unterricht, um die Kinder die Freude zu lehren? Ach du lieber Gott! Die Kinder tun ja nichts lieber als lachen und jubeln. Da müssen also gar nicht die Kinder erzogen werden, sondern die mürrischen Väter und Mütter, die abgepaunt und knurrig von der Arbeit kommen und dann nicht vertragen, daß die Kinder laut und fröhlich sind. Da heißt's also Selbsterziehung der Eltern, wenn sie ihre Kinder zur Kunst erziehen wollen.

Kraze mit dem Schmutz von deinen Füßen zugleich draußen vor der Tür den Mühsat von deiner Seele, wenn du von der Arbeit kommst, und gib einmal acht, wie gespennt die Kinder auf dein Gesicht sehen, wenn du eintrittst: Was für eine Saune bringt der Vater heute mit? Und dann bezwinde dich einmal und sage zu deinen Kindern, sie dürften an diesem Abend sich verkleiden oder gar Theater spielen oder so etwas. Dann schaffst du die Stimmung, die du notwendig brauchst, um überhaupt die Kinderseelen empfänglich zu machen für Kunst.

Das ist die erste Bedingung für die Kunstziehung, daß du deine Kinder zur Freude erziehst. Sie ist nicht gar so schwer, jedenfalls kann niemand behaupten, daß dazu eine besondere Schulbildung gehöre. Und während wir die Kinder nun spielen lassen, wollen wir uns weiter unterhalten über das, was die eigentliche Kunstziehung ausmacht. Ihr habt immer noch ein geheimes Grauen vor diesem Gebiet, auf dem ihr selbst so ungeschick seid. Da wollen wir denn frei heraus uns gar nicht genieren und uns selbst erst mal klar werden über das Wesen der Kunst. Ein Kunstwerk hebt sich dadurch von anderen Dingen ab, daß es keinen Nutzen hat. Es soll zu nichts dienen an der Welt, es ist ganz einfach um seiner selbst willen da. Manchmal wirkt ein Kunstwerk allerdings doch ganz bedeutend auf die Menschen, aber danach wird nicht sein Wert bestimmt.

Man hört wohl manchmal sagen, das Kunstwerk richte sich an das Gefühl oder das Gemüt des Menschen, wie die Wissenschaft an den Verstand. Aber das ist doch nicht ganz richtig. Der Künstler hat nicht einfach aus seinem mächtigen quellenden Gefühl heraus das Werk geboren, sondern er hat mit dem Stoff, den ihm sein Genies, das merkwürdliche Schaffen in seiner Seele, gegeben hat, gerungen wie ein Kämpfer; er hat ihn geformt, gestaltet, gruppiert, wieder durchdacht und durchgepaunt, vielleicht ein paarmal verzweifelt verworfen, wieder vorgenommen, bis schließlich das Werk seine richtige Form erhalten hatte, d. h. bis es so einfach und klar in seinem Wesen dastand, daß wir meinen, das sei ja so selbstverständlich, daß alles an dem Werk so sei, und das müße nicht viel Mühe gemacht haben.

Wie des Künstlers ganze Seele, sein Verstand, sein schöpferisches Empfinden und seine ganze Energie, sein Schaffenswille an dem Kunstwerk mitgeschaffen haben, so wird nun auch wieder das fertige Werk zur ganzen Seele des Betrachters sprechen: dem Menschen mit schlichter aber feiner Seele wird, ohne daß er sich Rechenschaft davon geben kann, das Gefühl beim Betrachter gepaart durch diese merkwürdliche Schöpferkraft, die aus dem Werke spricht. Das ist die Art, wie Kinder und Menschen, die keine Kunstbildung haben, Kunstwerke genießen. Und es gibt keine verständige Leute, die sagen, das genüge vollständig. Mehr solle man auch bei den Kindern nicht zu erstreben versuchen. Aber zu richtigem

Verstehen eines Kunstwerkes gehört, daß man auch er nie was der Künstler mit seinem Verstand erreicht hat. Wenn wir plötzlich erkennen, warum ein Werk auf uns einen ganz bestimmten Eindruck macht, so werden wir dadurch außerordentlich froh und schätzen das so verstandene Kunstwerk nur noch viel mehr. Und warum soll denn ein Kind nicht auch dazu geführt werden? Weisliche Leute sagen, die Kinder kämen dadurch zu klugem Geschnitz und von dem ganzen Eindruck des Kunstwerkes bliebe nur das Gefühl, daß man klug mitreden könne über die Kunst. Das ist eine wirkliche Gefahr, und wenn wir uns trotzdem auf den Standpunkt stellen, daß das Ziel der "Kunstziehung" auf ein wirkliches Verständnis der Kunst gerichtet sein soll, so wollen wir doch nicht die oben genannte Gefahr aus den Augen verlieren, sondern sie dadurch zu verhindern suchen, daß wir immer und immer auf die Freude als den ersten Zweck der Kunstziehung hinzuwirken versuchen.

Wenn ein Künstler, also ein Mensch, der durch seine Veranlagung schon aus der großen Schar der Menschen herausragt, seinen ganzen Fleiß auf ein Werk verwandt hat, dann sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß man dem Kunstwerk mit einiger Ehrfurcht entgegentritt. Was mit großer Mühe geschaffen ist, das erfordert auch ganze Hingabe, um verstanden zu werden. Da gäbe es wohl ein kräftiges Mahnwörtchen an viele, viele Menschen, die so leicht ihr Urteil bei der Hand haben. Aber wir wollen ja keine Erwachsenen erziehen, sondern unsere Kinder. Bei denen muß nun ohne Gnade darauf gehalten werden, daß sie vor allem, das von Arbeit und Nachdenken spricht, das Gefühl der Ehrfurcht haben. Das fehlt unserer ganzen Generation heute. Sie haben das Recht, meinen sie, über jede Sache ihr Urteil abzugeben. Bewahren wir doch wenigstens unsere Kinder vor diesem Jammer. Ein groß Teil Schuld an diesem Zustand haben die Pädagogen. Aus lauter Eifer, den Kindern viel Gutes mit ins Leben zu geben, haben sie nicht gerührt, bis sie die schwierigsten Dinge, die weit über Kinderverstand hinausgehen, ihnen "klar gemacht" hatten. Was dabei herausgekommen ist, das wollen wir uns mal schnell an einem Beispiel vor Augen halten: Die Religion, das Höchste und Schwerste für einen Menschen, hat man den Kindern so "klar gemacht", daß die törichten Kinder von 15 Jahren mit dem dummen Stolz durch die Welt gehen, Religion sei nichts mehr für sie. "Das haben wir ja alles schon gehabt!" Und wenn sie es gehabt haben, so haben sie nicht das Gefühl bekommen: hier liegt für die Zukunft noch eine Fülle unverstandener Weisheit! O bewahre, es wurde ja so lange bearbeitet und erklärt, bis alle das Bewußtsein hatten, sie hätten es voll verstanden.

Das ist ein Beispiel, und ebenso ist es mit der Kunst. Schillers Maria Stuart? Interessiert uns nicht mehr, haben wir schon in Klasse 2 gehabt.

Beethoven'sche oder gar Mozartsche Sonaten? Das ist doch für Anfänger, kommt gleich nach Czernys Schule der Geläufigkeit!

Wir sind schon viel weiter. Und so geht's überall: was noch einen verständigen Erwachsenen mit hoher Freude oder Ehrfurcht erfüllt, davon haben unsere Kinder das Gefühl, es läge schon längst hinter ihnen. Ehrfurcht! Ehrfurcht! Vergesst mir das Wort nicht, wenn ihr eure Kinder ins heilige Land der Kunst einführen wollt!

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die „roten“ „Treiber“, welche nach dem „Textilarbeiter“ in unserer Bewegung eine so hervorragende Rolle gespielt haben sollen, etwas näher anzusehen.

Die im nachstehenden geschilderten Vorkommnisse spielten sich in den kritischen Tagen der genannten Bewegung ab.

„Treiber“ Nr. 1, Genosse D., kam, nachdem am Abend vorher eine sehr wichtige Belegschaftsversammlung stattgefunden hatte, morgens zur Fabrik, riß einen Schlüsselkasten auseinander, fing Händel mit dem Steller an; ging darauf zum Weberleiter, schlug diesen mit der Faust vor die Brust und erging sich in wüsten Redensarten. Er wurde sofort entlassen.

Während dieser Szene kam ein anderer „roter“ „Treiber“ verschiedene Mal zum Ausschuss und verlangte, daß alle Stühle stehen bleiben sollten, er forderte, die Belegschaft solle sich mit „Treiber“ 1 solidarisch erklären.

Ein „Treiber“ Nr. 2, Genosse Joh. L., fekte dieses in die Tat um, zog sein Stück ab und verließ mit „Treiber“ 1 die Fabrik.

„Treiber“ Nr. 3, Genosse M., Fabrikvertrauensmann des „deutschen“ Verbandes, derselbe, der die Forderung an den Ausschuss stellte, die Stühle stehen zu lassen, jedoch von demselben in gebührender Weise zurechtgewiesen wurde, leistete sich an demselben Morgen ein Kapitalstück. Weil er von einem bekannten „edlen Saft“ zuviel getrunken hatte, vergaß er ganz, die gesprungenen Kettfäden zu machen, und webte auf 8 Meter Tuch 90 Ellen Platten. Das Stück wurde in Gegenwart der Direktion und des Ausschusses nachgesehen. Weil der Ausschuss für diesen „Treiber“ eintrat, die übrigen Teile des Stückes gut waren und Trunkenheit als Ursache angenommen wurde, kam es nicht zur Entlassung. Der Mann mußte jedoch M. 5,40 Ueberstopplohn zahlen. Seit diesem Vorkommnis verstumte „Treiber“ Nr. 3.

Dem „Treiber“ Nr. 4, ein Propagandist der sozialistischen Idee in unserem Betriebe, kam erst der Organisationsgedanke, als er Mitglied der Lohnkommission wurde, und trat dem „deutschen“ Textilarbeiterverbande bei. Da dieser Genosse im Lamentieren und Rationieren der erste war, müssen wir annehmen, daß auch er einer der „Treiber“ gewesen sein soll. Als „strammer“ Sozialist konnte es jedoch dieser Mann mit seinen Grundfragen vereinbaren, während er von seinen beiden Stühlen abwesend war, die Wartung derselben seiner 16-jährigen Tochter zu überlassen, die dann drei Stühle aufzupassen hatte. Dasselbe geschah von dem „Treiber“, wenn seine Tochter von ihrem Stuhl abwesend war. Daß die Firma sich während der Bewegung auf diesen Mann, der durch solche Praktiken ein Jahresverdienst von 1800 Mark herausgeschüttete, berufen konnte, ist wohl leicht erklärlich. Wir gratulieren zu solchen „Treibern“.

„Treiber“ Nr. 5, Genosse B., kam in angetrunkenem Zustande zur Fabrik und hatte sich noch eine Flasche „vom Besten“ mitgebracht. Als dieselbe leer war, schlug er mit der leeren Flasche auf seinen Kettbaum, daß die Scherben durch die Luft flogen. Ein Kollege, der vor ihm stand, hatte dadurch einen erheblichen Schaden an seinem Stück. Noch nicht genug hiermit, zog B. sein Taschenmesser und wollte die Kette hinter dem Kamm abschneiden. Er kam allerdings nicht so weit, denn mittlerweile erschien der Meister und speidierte diesen „Treiber“ zum Fabriktor hinaus, auf immer Wiedersehen.

Dieses waren die roten „Treiber“ während der Bewegung in der Haarerer Tuchfabrik. Das sind die Geister, die man durch die bekannte Taktik der Wächner führenden Genossen, welche sich gegenseitig in radikalen Phrasen zu übertrumpfen versuchen, hervorruft. Wir überlassen es jedem gesunden Menschenverstand, sich über diese rote „Treibart“ ein Urteil zu fällen.

Die christliche Verbandsleitung in Wachen hätte ein Verbieten an der Arbeiterkraft begangen, wenn sie nicht mit der größten Vorsicht diese Bewegung geführt hätte. Sie hat dieses getan, ohne sich von dem Gefläß der Genossen irren machen zu lassen, und dafür gebührt ihr der Dank aller denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma „Haarerer Tuchfabrik“.

Der Einfluß der Einwanderung auf den Arbeitsmarkt. Mit Rücksicht auf die Behandlung der „Ausländerfrage“ auf unserem letzten internationalen Kongress gewinnt die Frage, welchen Einfluß die Einwanderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausübt, für die Mitglieder unseres Verbandes ein besonderes Interesse. Nun nimmt in der Nummer 45 der „Konjunktur“ der bekannte Wirtschaftspolitiker Calwer in einer bemerkenswerten, äußerst radikalen Weise Stellung zu dieser Frage.

Calwer geht von der Tatsache aus, daß trotz der günstigen wirtschaftlichen Lage der allgemeine Arbeitsmarkt kein befriedigendes Gepräge zeige. Einmal würde es der Arbeiterbevölkerung in der diesmaligen Hochkonjunktur sehr erschwert, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern, da die Kaufkraft des Geldes durch die steigenden Warenpreise sehr stark beeinträchtigt würde. Sodann aber sei nicht einmal der Beschäftigungsgrad hoch genug, um dem gesamten Arbeiterangebot ausreichende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Der Andrang am Arbeitsmarkt sei höher, als er angesichts des gegenwärtigen Konjunkturniveaus sein dürfe. Anstatt, daß der Andrang sinkt und niedriger sei als im Vorjahre, gehe er über den Stand des Vorjahres hinaus. Man dürfe daraus schließen, daß das Angebot auf dem Arbeitsmarkt zu reichlich sei, und dieser Umstand sei es in erster Linie, der den Arbeitern das Fortwärtkommen erschwere.

Als einen der wichtigsten Gründe für die ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes und die Erschwerung der gewerkschaftlichen Aktionen bezeichnet Calwer den außerordentlich starken Import ausländischer Arbeitskräfte. Die Zuwanderung von Auswanderern

habe im vergangenen Jahre erheblich zugenommen, trotzdem ein direkter Mangel an Arbeitskräften nicht zu verzeichnen gewesen sei. Unter solchen Verhältnissen aber sei der Druck der Ausländer, die minder große Bedürfnisse als unsere heimischen Arbeiter hätten, auf das Lohnniveau besonders stark. In der Regel seien auch die Ausländer ausreichender beschäftigt als die heimischen Arbeiter, wogegen diese die ganzen Kosten einer unzureichenden Arbeitsgelegenheit zu tragen hätten. Wenn wir zur Zeit eine stärkere Schicht Beschäftigungsloser aufzuweisen hätten, als es nach Lage der Industrie sein dürfte, so rekrutiere sich diese Schicht in der Hauptsache aus heimischen Arbeitskräften.

„Geht die Steigerung des Imports ausländischer Arbeiter in dem bisherigen Tempo weiter, so wird es immer schwerer möglich, daß den steigenden Warenpreisen entsprechend auch das Lohnniveau allgemein in die Höhe geht. Denn die Masse der Ausländer hat niedrigere Lebensansprüche als der deutsche Arbeiter, sie kann billiger arbeiten, und wenn auch ihre Leistungsfähigkeit hinter der des heimischen Arbeiters zurückbleibt, so reicht sie doch meist aus, den deutschen Arbeiter zu ersetzen. Es ist nicht zu bestreiten, daß viele Schichten der gelehrten Arbeiterschaft ihre wirtschaftliche und soziale Lage sehr merklich verbessern konnten. Aber die Rehrseite der Medaille ist, daß die breiten Schichten der ungelerten Arbeiter dies lange nicht in einem entsprechenden Grade tun konnten, in der diesmaligen Aufschwungsperiode mit den stark steigenden Lebensmittelpreisen weit weniger als in den zwei letzten Hochkonjunkturperioden. Der Rückschlag für die Schichten der gelehrten Arbeiter wird nicht ausbleiben; auch sie stehen unter den zwingenden Gesetzen, die den Arbeitsmarkt beherrschen.“

Uns scheint zwar, daß Calwer etwas übertreibt, zu sehr verallgemeinert und bei der Beurteilung des allgemeinen Arbeitsmarktes wichtige Tatsachen nicht mit berücksichtigt, aber dennoch können auch wir aus manchen Gebieten unseres Vaterlandes in Bezug auf die Textilindustrie nachweisen, daß Calwer in der Sache selbst richtig urteilt. Auf unserem internationalen Textilarbeiterkongress in Wien ist eingehend über diese Dinge geredet worden.

Von einem Appell an die Gesetzgebung im Sinne Calwers versprechen wir uns nicht viel. Die erste Forderung an die Gesetzgebung müßte u. E. sein, daß wenigstens bei Streiks und Aussperrungen der systematische Bezug ausländischer Arbeiter verboten würde. Dann auch müssen wir in Deutschland ein anderes Fremdenrecht haben. Ferner muß von Gewerkschaftsseite aus dem Geschäftsgefahren der preussischen Feldarbeiterzentrale eine größere Beachtung geschenkt werden. Vorläufig wird aber für die organisierten Arbeiter die organisierte Selbsthilfe auf dem Wege internationaler Verständigungen das beste Mittel sein, um sich der löhndrückenden Wirkung der Einwanderung zu erwehren.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichen im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission den Bericht über ihre Entwicklung im Jahre 1911. Nach diesem Bericht betrug der durchschnittliche Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Organisationen im Jahre 1911 2320986, dem Vorjahre gegenüber ein Mehr von rund 300000. Dieser Mitgliederzuwachs kommt gar nicht überraschend, wenn man berücksichtigt, daß die „freien“ Verbände im vergangenen Jahre des Reichstagswahlkampfes besonders günstige agitatorische Verhältnisse für sich hatten.

Die Durchschnittsmitgliederzahl verteilt sich auf die einzelnen Verbände wie folgt:

Metallarbeiter 494 177, Bauarbeiter 290 136, Fabrikarbeiter 182 902, Transportarbeiter 181 570, Holzarbeiter 176 838, Textilarbeiter 126 547, Bergarbeiter 120 975, Buchdrucker 63 908, Zimmerer 58 745, Maler 47 315, Schneider 46 534, Schuhmacher 45 341, Brauerei- und Mühlenarbeiter 45 289, Gemeindearbeiter 43 808, Tabakarbeiter 34 393, Buchbinder 29 599, Steinarbeiter 26 871, Wäcker und Konditoren 25 218, Maschinisten 23 095, Lithographen 17 029, Buchdruckhilfsarbeiter 16 305, Glasarbeiter 16 226, Schmiede 16 082, Porzellanarbeiter 15 691, Leberarbeiter 15 289, Handlungsgehilfen 14 877, Sattler und Portefeulier 13 540, Gastwirtsgehilfen 12 889, Töpfer 12 024, Steinseher 10 706, Stukkateure 10 402, Hutmacher 9822, Tapezierer 9671, Böttcher 8280, Dachdecker 8209, Bureauangestellte 6572, Gärtner 6113, Kupferschmiede 4807, Fleischer 4765, Glaser 4613, Kürschner 4189, Bildhauer 37233, Schiffszimmerer 3666, Zigarrensortierer 3172, Lagerhalter 2628, Friseur 2170, Zivilmusiker 1886, Wappsteine 1113, Blumenarbeiter 1076, Xylographen 453 und Notensteher 442. Dazu kommen die Landarbeiter mit 13 228 und die Hausangestellten mit 5571 Mitgliedern.

Bemerkenswert ist das Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder der „freien“ Verbände. Diese stieg von 161 512 im Jahre 1910 auf 191 332 im vergangenen Jahre, was einen Zuwachs von 29 820 Mitgliedern bedeutet.

Die Gesamtzahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder verteilt sich auf folgende Verbände: Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 21 853, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127, Schneider 9868, Buch- und Stein-druckhilfsarbeiter 9323, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6479, Holzarbeiter 5819, Hutmacher 4414, Wäcker und Konditoren 3736, Porzellanarbeiter 2260, Kürschner 1451, Gemeindearbeiter 1169, Sattler und Portefeulier 1161, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1154, Leberarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastwirtsgehilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellte 206, Lagerhalter 154, Tapezierer 129, Fleischer 106, Steinarbeiter 62, Maler 31, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseur 1 und Glaser 1.

Die Finanzgebarung gestaltete sich kurz folgendermaßen: Die Gesamteinnahmen beziffern sich auf 72 086 957 M. (im Vorjahre 64 372 190 M.), die Gesamtausgaben auf 60 025 080 M. (im Vorjahre 57 926 566 M.) und die Vermögensbestände auf 62 105 821 M. (im Vorjahre 52 575 505 M.). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen 31,06 M., an Ausgaben 25,86 M. und an Vermögen 26,76 M.

Konsumvereine als Klassenkampforganisationen. Den Drahtziehern im roten Lager, die ihren Konsumvereinen zwecks Mitgliederzugs so gerne das Neutralitätsmännchen umhängen möchten, macht „Genosse“ Paul Göhre einen derben Strich durch ihre Rechnung in Nr. 15 der „Sozialistischen Monatshefte“. Er betont hier ausdrücklich, daß die Konsumvereine genau wie die Partei und „freien“ Gewerkschaften Klassenkampforganisationen seien, daß sie es in Zukunft noch immer mehr werden würden und nach dieser Richtung hin auch völlig mit der Partei und den Gewerkschaften „eins“ seien. Zur Begründung führt er aus:

„Die Mehrzahl ihrer Mitglieder schätzt sie heute nicht nur als solche (d. h. Klassenkampforganisationen) ein, sondern beteiligt sich an ihnen und benutzt ihre Vorteile nur, weil sie ihnen Mittel bieten, sich selbst und die ganze Arbeiterbewegung im Klassenkampf möglichst stark und sieghaft zu machen. Das geht am deutlichsten aus den Resolutionen hervor, die über das Genossenschaftswesen auf den sozialdemokratischen Kongressen in Kopenhagen und Magdeburg (1910) beschlossen worden sind. In beiden werden die Arbeiterkonsumvereine ausdrücklich als Klassenkampfmittel deklariert. Beide sind mit erdrückenden Mehrheiten angenommen worden; sie sind heute der Ausdruck der Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie. Und diese Beurteilung teilt mit der Sozialdemokratie die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung. Nirgends ist meines Wissens eine Opposition dagegen, geschweige eine andere positive Auffassung zum Ausdruck gebracht worden. Im Gegenteil, auf allen Genossenschaftstagen haben die offiziellen Vertreter der Gewerkschaften es niemals veräußert, die gleiche Ansicht, wenn auch mitunter in etwas anderer Formulierung, zum Ausdruck zu bringen. Partei und Gewerkschaften also sind sich heute in der Einschätzung der Arbeiterkonsumgenossenschaften als Klassenkampforganisationen einig. Nun steht aber fest, daß die große Mehrzahl der Arbeiterkonsumvereinsmitglieder zugleich Parteigenossen und freie Gewerkschaftler sind. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie als Genossenschaftler eine andere Meinung über ihre Konsumvereine haben und betätigen denn als Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Sonst müßte man glauben, es mit Unzurechnungsfähigen zu tun zu haben. Da das ausgeschlossen ist, so folgt eben daraus, daß auch innerhalb der Konsumvereine selbst die entscheidende Mehrheit der Mitglieder die Auffassung über ihre Vereine als Mittel und Organisation des Klassenkampfes rundweg teilt.“

Uns diesen zum Teil dokumentarischen Darlegungen folgt, daß die angebliche „Neutralität“ der Arbeiterkonsumvereine kein geringerer Schwindel ist wie die „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften, die diese eine Zeitlang zur Schau trugen und gelegentlich noch zur Schau zu tragen pflegen.

D, dieses Pharisäertum. Eine furchtbare Katastrophe auf der Feche „Lothringen“ hat 110 Bergleuten einen plötzlichen Tod bereitet. Erschüttert und voll tiefer Trauer stehen wir alle an dem Grabe dieser Opfer eines schweren und gefährlichen Berufes. Nur die sozialdemokratische Presse bringt es in beispielloser Gefühlsrohheit fertig, aus dem schrecklichen Unglück Kapital für ihre Bewegung zu schlagen und es in maßlos-heckerischer Weise agitatorisch auszunutzen.

Zur Zeit des Unglücks waren in Essen unter Anwesenheit unseres Kaisers die Kruppischen Jubiläumsfestlichkeiten im Gange. Sofort bei Bekanntgabe des Unglücks wurden sie abgebrochen, und unser Kaiser begab sich an die Unglücksstätte und tat, was man in solchen Situationen allein nur tun kann, er trauerte mit den Hinterbliebenen. Sogleich spendete er einen ansehnlichen Betrag, um seinen Teil mitbeizutragen, die Hinterbliebenen über die materielle Sorge und Not hinwegzuhelfen. Das war echt menschlich und ritterlich gehandelt.

Währenddessen stachelte die sozialdemokratische Presse die Leidenschaften und Klassengegenstände weiter auf. Es wurden Parallelen gezogen zwischen der Feier bei Krupp und dem schrecklichen Unglück auf „Lothringen“ und es so dargestellt, als ob der Kaiser sich um die 110 Tote und um ihre jammernden Hinterbliebenen nicht kümmere. Zur selben Zeit weilte der Kaiser an der Unglücksstätte.

Was haben aber die Genossen selbst getan? Am Sonntag nach dem Unglück feierten an verschiedenen Orten die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihr Sommerfest. Unter den Klängen munterer Weisen zogen sie durch die Straßen, und dann wurde tagelang getrunken, jubiliert und musiziert, sogar am Montag, als 100 Bergleute in Gerichte unter einer riesigen Trauerkundgebung aller Bevölkerungskreise zu Grabe geleitet wurden. Das Düsseldorf Genossenblatt schrieb:

„Heute, am zweiten Festtag (Montag Nachmittag und Abend), ladet die Festkommission nochmals alle, groß und klein, zum Festplatz ein. Was gestern an fröhlichem Spiel und Treiben im Freien (wegen schlechten Wetters) unterbleiben mußte, soll nun heute nachgeholt werden. Den Beschluß des Festes wird ein großes Feuerwerk bilden. Darum nochmals: alle hinaus zum Festplatz!“

Mehr als 15000 Genossen und Angehörige hatten sich an dem Festzuge beteiligt und zwei Tage jubiliert und musiziert. Auch in Hörde und Werden haben die Genossen am Sonntag geräuschvolle Gewerkschaftsfeste gefeiert.

Selbst in nächster Nähe der Unglücksstätte haben die Genossen ihren ausgelassenen Trubel nicht unterlassen können. Die Leichen der Verunglückten lagen noch auf der Bahre. Aber angesichts des offenen Grabes ließ es sich die Sozialdemokratie des Wahlkreises Bochum nicht nehmen, in Ferne ein großes Sängerkonzert mit Festzug, Konzert und Ball zu feiern. Drüben in Gerthe,

eine halbe Stunde vom roten Festlokal, tiefer Schmerz der Hinterstiebenen; hier in Herne ein großer sozialdemokratischer Festzug mit lauter Musik. In Gerthe 110 stille Tote auf der Bahre; in Herne ein wilde Schär umgezogener Genossen herumtobend und skandalisierend. In Gerthe allseits tiefe Trauer; in Herne schwingen Ober- und Untergenossen auf einem ausgelassenen Ball das Tanzbein bis in die späte Nacht. In Gerthe gedenken die Hinterstiebenen ihrer so plötzlich verstorbenen Lieben in andächtiger Gebet; in Herne sieht man alkoholisierte Genossen, ruhige Straßenpassanten anrempelnd, wankend und schreiend die Straßen unsicher machen. Das ist sozialdemokratische Pietät! Das ist die Achtung vor den stillen Helden der Arbeit!

Verteilt evangelischer Arbeiterführer gegen die „Gelben“. Auf einer in Bethel bei Bielefeld stattgefundenen Konferenz evangelischer Arbeitervereins- und Gewerkschaftssekretäre wurde einstimmig folgende Resolution gegen die „Gelben“ gefasst:

„Die in Bethel bei Bielefeld tagende Konferenz von 48 evangelischen Arbeitervereins- und Gewerkschaftssekretären aus allen Teilen Deutschlands bedauert aufrichtig die durch die Gründung von sogenannten „gelben“ Wertvereinen, vaterländischen oder reichstreuen Arbeitervereinen in die nationalgefärbte Arbeiterchaft getragene Verwirrung und Zerplitterung und die Förderung solcher Gründungen seitens regierender und politischer Kreise. Ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, nationalen Unzulänglichkeit und religiösen Feindseligkeit wegen ist die „gelbe“ Bewegung nicht imstande, einen festen Wall gegen die klassenkämpferische, vaterlands- und christentumsfeindliche Sozialdemokratie zu bilden. Geschädigt werden durch sie allein die christlich-nationalen Organisationen, deren geschichtliche Entwicklung beweist, daß sie unter entschiedener Wahrung der Arbeiterinteressen alles Verständnis haben für die jeweilige wirtschaftliche Lage und die gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus den christlich denkenden Arbeitern den notwendigen Schutz gewähren, ihres Glaubens leben zu können. Die auch eine geistige Bewegung darstellende Sozialdemokratie kann dauernd nur durch Entgegensetzung einer anderen, von der Arbeiterchaft selbst getragenen wirtschaftlichen und geistigen Bewegung überwunden werden, nicht aber durch die von Unternehmern unter Anwendung unwürdigen Zwanges ins Leben gerufenen völlig diesseits materialistisch orientierten „gelben“ Organisationen. Die Konferenz richtet an die denkende evangelische Arbeiterchaft die dringende Mahnung, den zu Charakterlosigkeit, Heuchelei und religiöser Feindschaft führenden „gelben“ Vereinigungen nicht beizutreten, sondern sich in immer größeren Scharen den konfessionell und politisch unabhängigen christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen als den besten Organisationsformen zur Vertretung der wirtschaftlichen, nationalen und religiös-sittlichen Interessen anzuschließen. Die Freunde einer gesunden deutschen Arbeiterbewegung sowie die politischen Parteien und Persönlichkeiten, die bei Wahlen auf die Stimmen der christlich-nationalen Arbeiter rechnen, erjucht die Konferenz, sich nicht durch hochtrabende, leere Worte für die „gelben“ Vereine einnehmen zu lassen, sondern die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Ansehung ihrer legendären Wirksamkeit nachdrücklich zu fördern. Schließlich richtet die Konferenz den lebhaften Wunsch aus, daß die maßgebenden Instanzen in den evangelischen Arbeitervereinen ihre Stellung zu den „gelben“ Bestrebungen klar und unabweislich öffentlich zum Ausdruck bringen und die Vereinsmitglieder über die damit verbundenen schweren Gefahren aufklären.“

Aus unserer Industrie.

Zur Lage der süddeutschen Baumwollindustrie

Dr. G. H. Kommerzienrat Heinrich Semlinger in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Wohin werden wir geführt? Ist die 16 Millionen-Ernte der Vereinigten Staaten wirklich nicht genügend, um den Bedarf der Spinnereien zu decken, und ist die auf den Weltmarkt fließende Baumwolle so gefährdet, daß man zu Zwangsmaßnahmen in der Form von Kontingentsgrenzen muß, um den Verbrauch der zu erwartenden und, wie von manchen Seiten behauptet wird, ganz ungenügenden neuen Baumwollernte anzupassen? Diese Fragen sind, so lächerlich sie erscheinen, vollkommen berechtigt und beherrschend den Markt und die Börse. Es ist sehr schwierig, sie so zu beantworten, daß die wirklich geschäftlichen Vorgänge und die Hoffnungen oder Befürchtungen nicht als gleichwertige Faktoren zur Geltung kommen, denn nicht Statistik, Verbrauch und Vorrat haben heutzutage wie so oft die entscheidende Stimme, sondern allein die Anschauungen und Nachschätzungen der herrschenden Partei sind maßgebend. Daß alle

Verhandlungsberichte über Größe der Ansaat von Baumwolle und Stand der Pflanzen

kurzerhand überein, daß in Texas eine Ideenlinie erwartet werden darf, und daß die beplante Bodenfläche in den Baumwollstaaten der Union nur unbedeutend kleiner sei als im vergangenen Jahre, sie geben aber auch zu, daß infolge des kalten und nassen Wetters im Frühjahr die Ansaat eine Verzögerung von ein oder zwei Wochen erfahren habe, was das Endergebnis doch sehr nachteilig beeinflussen könne. Gegenüber dieser günstigen Stimmung istung der amtliche Bericht des Landwirtschaftsbüros wie ein Wetterprahl ein, denn er spricht

von einer 7prozentigen Einschränkung der Anbaufläche und einem Stand der Pflanzen, der für Ende Mai 78,9% gegen 87,8% im Vorjahr und für Ende Juni 80,4% gegen 88,2% im Vorjahr betrage. Da die Schätzung des Büros für die letzte Ernte ziemlich richtig war, bringt man der heurigen Veröffentlichung großes Vertrauen entgegen, und der Markt stieg infolge der dadurch eröffneten ungünstigen Aussichten ununterbrochen weiter, so daß heute Widdling Amerika in Bremen mit 68 Pfg. verkauft wird gegen 47 Pfg. zu Beginn des Jahres, was einen Aufschlag von mehr als 45% in etwas mehr als sechs Monaten ausmacht.

Man hat versucht, die bekannt gewordenen Bureauzahlen mit dem Durchschnitts-Anbau und Durchschnitts-Ertrag der letzten zehn Jahre zu vergleichen, und kommt dabei auf etwa 13 bis 13 1/4 Millionen Ballen neuer Baumwolle; so interessant diese Vorausberechnung ist, so wenig kann sie Anspruch auf Sicherheit haben, eines aber ist gewiß, daß unsere Herren Vettern in den Vereinigten Staaten, solange sie das Monopol der Baumwollversorgung für die ganze Welt besitzen, ihren ganzen Willen — und der ist in geschäftlichen Dingen außerordentlich geschärft — aufzubieten werden, um

der Menschheit stets neue, schwer lösbare Rätsel aufzugeben,

deren Leitmotiv die Verteuerung der Baumwollpreise ist. Wenn aber die Wetterverhältnisse in der Union bald normaler werden, also in den Weststaaten endlich der lang ersehnte Regen in stärkerem Maße eintritt und in den östlichen Teilen wieder mehr Sonnenschein herrscht, dann wird wohl der Hauptgrund der gegenwärtigen Sorge verschwinden und die gefürchtete weitere Steigerung der Preise abwendbar sein; denn der kühne Aufbau der Häufers hat seine Stütze ausschließlich im Wetter und es wird sich für alle an der Baumwollbewegung interessierten Kreise dringend empfehlen, den Nachrichten über den täglichen Regenfall im Baumwollgebiet ungeteilte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wenn auch die Berichte über den Stand der ägyptischen Baumwolle bisher gut klingen und von Indien ziemlich befriedigende Meldungen über den Monjun herübergelangen, so bleibt vorläufig doch allein der Markt für Amerikaner entscheidend; er reißt auch die übrigen Märkte mit; ob gerechtfertigt oder nicht, kommt dabei nicht in Frage.

Bemerkenswert und charakteristisch aber ist, daß

die Wochen-Entnahmen der Spinner

einen ganz gewaltigen Umfang angenommen haben, so daß die Annahme berechtigt ist, daß von den zu Anfang des Jahres auf der Straße gelegenen Millionen von den Spinnern nicht gar zu viele aufgehoben wurden. Den Löwenanteil haben die Yankee selbst eingestekt. Als man im Laufe des vorigen Herbstes zu der Ueberzeugung gelangte, daß auf der größten bisher bekannt gemachten Anbaufläche der größte je dagewesene Ertrag vom Acre gezeichnet sei und auf 16 Millionen Ballen amerikanischer Baumwolle gegen 12 Millionen im letzten Erntejahr gerechnet werden könne, verband man mit dieser unglaublich großen Zahl Preisideen, die an die billige Saison 1904/5 anknüpften und in der Nähe von 4d erst ihr Ziel fanden; man jagte sich, daß höchstens 13 1/2 Millionen Ballen verarbeitet und mehr als 2 1/2 Millionen Ballen für das nächste Baumwolljahr übrig bleiben würden. Diese Rechnung wäre auch richtig gewesen, wenn die Beschaffenheit dieser Bombenernte der Menge ebenbürtig ausgefallen wäre; das ist sie aber leider nicht, denn Farbe, Masse und Stapel sind bei einem ziemlich ansehnlichen Teil der geernteten Baumwolle so gering, daß dieser nur mit Schwierigkeit und nur in Notfällen verarbeitet werden kann. Es kommen also nicht 16 Millionen, sondern höchstens 15 Millionen Ballen für die Spinnerei in Betracht, und da nach Schätzung verschiedener maßgebender Persönlichkeiten der Verbrauch der Industrie rund 10% größer anzunehmen ist als im Vorjahre, also mit etwa 13 1/2 Millionen Ballen, so darf mit einiger Sicherheit darauf hingewiesen werden, daß auch dann eine genügende Versorgung in Aussicht steht, wenn die neue Ernte nur 13 1/2 Millionen Ballen ergeben sollte. Von manchen Seiten wird der Verbrauch der Spinnereien zweifellos zu hoch geschätzt, insbesondere kann für Oesterreich und Italien kein voller Verbrauch in Anrechnung gebracht werden, auch einige andere Länder lassen keinen Ansehung erkennen, während in Deutschland eine namhafte Menge Baumwolle in Spinner-Hände zur Auffüllung der geleerten Magazine übergegangen ist, die erst später verpackt werden wird.

Die großen Hoffnungen,

die unsere Industrie auf das Jahr 1912 gesetzt hat, scheinen sich nur zum kleinsten Teil und nur in Ausnahmefällen zu verwirklichen: denn trotz der zu Anfang des Jahres festgestellten heftigen Kaufkraft und der großen Geschäftsausschlüsse auf der Grundlage der niedrigsten Baumwollpreise ist die Lage für den Spinner inzwischen viel schlechter geworden, da es nur in den seltensten Fällen möglich ist, den tollen Aufschlag der Baumwollpreise im Garn auch nur in der Hauptsache wieder hereinzubringen. Wie immer geht der Kollaps auch in diesem Erntejahr weit tiefer hinaus als die daraus hergestellten Gewinne und Gewebe, wir werden also darauf verzichten müssen, auf ein gutes zuverläßliches Ertragnis für die große Mehrheit der Spinnereien und Webereien zu rechnen, was umso mehr zu bedauern ist, als die Abschlüsse für das Jahr 1911 so trübselig ausgefallen sind, wie seit dem letzten Jahre nicht mehr. Hoffentlich bringt uns die zu erwartende glänzende Futter- und Getreidernte im Herbst eine neue Belebung des inländischen Marktes und mehr Vertrauen in die geschäftliche und politische Lage Deutschlands.

Die Nachfrage nach Garnen und Tüchern

war während der letzten drei Monate, wenn man berücksichtigt, daß die großen Abschlüsse bis Ende des dritten Vierteljahres in der Hauptsache schon in den letzten Monaten des Vorjahres bewerkstelligt worden sind, ziemlich lebhaft; die Spinnereien ebenso wie die Webereien sind jedoch bis Ende September nicht in der Lage, Kosten von Belang noch einzuschieben, und es wird mir von verschiedenen Seiten versichert, daß die Abnehmer nur knapp versorgt sind, so daß das letzte Viertel 1912 eine sehr lebhaft Bewegung auf dem Garn- und Gewebemarkt bringen dürfte. Alle Welt ist durch die andauernde Preissteigerung der Baumwolle überrascht worden und die Mehrzahl der Käufer hat, immer in der Erwartung eines Rückschlages, bisher mit weiteren Abschlüssen zurückgehalten; wenn der erhoffte Witterungswechsel in Amerika aber nicht bald eintritt, wird an wesentlich billigere Preise nicht gedacht werden können, und wir sehen möglicherweise einen Umkehrung der Meinungen und lebhaftes Deckungsbedürfnis noch in den nächsten vier Wochen. Dabei dürfte dann ins Gewicht fallen, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Spinnerei- und Weberei-Erzeugung für Oktober und November bereits verkauft ist und mancher Käufer zu spät kommt. An und für sich ist

das deutsche Geschäft gesund,

wären die Baumwollpreise nicht so hoch, so wären wir sicherlich schon mitten in einer lebhaften Kaufperiode auf allen Gebieten der Industrie und des Großhandels, nachdem alle Vorbedingungen für eine flotte Saison gegeben sind. Auch auf der letzten Stuttgarter Garnbörse zeigte sich reges Leben und die Preise zogen in Ueber einstimmung mit den Baumwollmärkten nicht unbedeutend an; man hat Abschlüsse gemacht zu 216 bis 220 Pfg. für das Kilo 36/42er Garne, 178 bis 184 Pfg. für 20/20er Garne aus pur amerikanischer, 25 1/4 bis 25 1/2 Pfg. für das Kilo 92 cm breite Kattune mit 19/18 Fäden und 31 bis 31 1/2 Pfg. für 88 cm breite glatte Tücher aus prima 20/20er Garn mit 16/16 Fäden, alles ab Fabrik mit 2% Kassafonto innerhalb 30 Tagen. Der gewohnte Vergleich mit früheren Garnbörsen gibt folgendes Bild:

Jahr	mittl. Bremen	36/42 Garn	Ueber- schuß	20/20 Garn	Ueber- schuß	19/18 Kattune	16/16 Tücher
20. 1908	56 1/4	198	85 1/2	156	43 1/2	21 1/4	26 3/4
12. 1909	63	192	66	168	42	23	28 3/4
11. 1910	74 1/2	208	59	184	35	22	28 3/4
10. 1911	75 1/2	234	23	204	53	24 1/4	31 1/2
15. 1912	66 1/2	218	85	182	49	25 1/2	31 1/4

Dabei ist dem Abfallverlust auf Baumwolle keine Rechnung getragen.

Die österreichischen Spinner

haben eine Vereinbarung getroffen, die Erzeugung für eine gewisse Anzahl von Jahren festzulegen und gleichzeitig einen Teil des bestehenden Lagers in Garnen nach dem Ausland abzustößen, um den heimatlichen Verkaufsverhältnissen entgegenzuarbeiten; die österreichische Baumwollindustrie muß schon seit Jahren für die in den Glanzjahren durchgeführte, geradezu ungeheure Vermehrung der Spinnmaschinen schwer büßen. Ein noch schlimmeres Los hat die

italienische Baumwollindustrie

gezogen; die Ueberzeugung der letzten Jahre rächt sich bitter, und man sieht fast jede Woche von neuen Zusammenbrüchen großer Spinnereien, von starken Kapitalverlusten, von Aktienzusammenlegung und von Betriebsstillstellungen. Ich glaube, das sollte eine Mene Detel auch für die deutsche Baumwollindustrie sein; denn kaum sind die schmerzlichen Wunden geschlossen, die uns die Jahre 1910 und 1911 geschlagen haben, so erfährt man schon wieder von namhaften Vergrößerungen vieler Spinnereien und Erbauung neuer Werke. Eine gewisse Schonzeit sollte man der langsamer Gesundung entgegengehenden Baumwollindustrie schon gönnen, denn bei den fortwährend wachsenden sozialen Lasten und der rastlos arbeitenden Steuerherrschaft, neben ununterbrochen steigenden den Kosten der Hilfsstoffe, wie Kohle, Leder, Holz usw., sind die Herstellungskosten der Gespinste und Gewebe heutzutage 15 bis 20% teurer als vor etwa fünf Jahren, ganz abgesehen von den höhern Löhnen der Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit seit 1910 und den Anstrengungen der Gewerkschaften, die Arbeiter fortgesetzt zu neuen Lohnforderungen zu veranlassen. Ich sehe nach keiner Richtung eine Notwendigkeit, die Erzeugung an Baumwollgarnen in großem Maßstab zu erhöhen; die Gefahr liegt nahe, daß nach kurzer Zeit wieder der Käufer allein die Preise bestimmt und wir wieder zu Zuständen gelangen wie in den Jahren 1909 bis 1911, an die man nur mit Grauen zu denken vermag. Auch hier dürfte, wie im Anfang meines heutigen Berichtes, die Frage gestattet sein: Quo vadis?

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Ortsgruppenvorstände!

Unsere Ortsgruppenvorstände werden dringend ersucht, die für die in Vichy-Viala streikenden, bezw. ausgesperrten Mitglieder des österreichischen Studerverbandes gesammelten Gelder, soweit sie noch nicht abgeliefert sind, umgehend der Zentrale in Düsseldorf mit den Sammellisten einzusenden. Auch diejenigen Sammellisten, auf denen nicht gesammelt wurde, sind einzuschicken, da eine genaue Kontrolle der ganzen Sammlung stattfinden soll. Mit kollegialem Gruß! Die Geschäftsstelle.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, das am Samstag, den 31. August, Arbeitslosenzähltag für den Monat August ist. Die Berichtskarten (graue Monatskarten) müssen spätestens vier Tage nach Schluß des Monats, also spätestens am 4. September an die Zentrale eingefandt werden. Versäume keine Ortsgruppe die rechtzeitige Einsendung der Berichtskarte, damit Reklamationen nicht notwendig werden. Mit kollegialem Gruß! Die Zentralfelle.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Nur noch einige Wochen und die Generalversammlung ist da. Aus allen Bezirken haben sich Stimmen hören lassen, um Anträge und Anregungen zur Stärkung unseres Verbandes zu geben. Bezüglich der Lokalbeiträge möchte ich sagen, daß Lokalbeiträge unbedingt eingeführt werden müssen. Diese Notwendigkeit sollte doch keinem unserer Mitglieder, die sich wöchentlich etwas mit dem Verbandsgeschäft beschäftigen, fremd sein. So manche Bewegung kann nicht den vollen Erfolg bringen, den die daran Teilnehmenden sich versprechen, aus dem einfachen Grunde, weil unsere Zentralkasse nicht stark genug ist. Deshalb möchte ich anregen, daß alle Beiträge bis auf 95% an die Zentralkasse abgeliefert werden müssen. Das Eintrittsgeld soll natürlich den Ortsgruppen verbleiben. Alle Ortsgruppen führen einen Lokalausschlag von mindestens 5 Pfg. obligatorisch ein.

Weiter möchte ich anregen, daß das Eintrittsgeld für Mitglieder über 18 Jahre auf 50 Pfg. erhöht wird und für solche unter 18 Jahren auf 30 Pfg. festgesetzt bleibt. Dasselbe soll auch für Arbeiterinnen Geltung haben. Auf diese Art könnten die Ortsgruppen ihre Mittel doch noch bestreiten, wenigstens im Durchschnitt. Der Zentralkasse könnte dann auch geholfen sein. Zu ihrer weiteren Stärkung könnte man einige Unterstützungsarten etwas unter die Lupe nehmen. Vor allem die Reiseunterstützung ist heranzuziehen, die Bezugsberechtigung soll von jetzt an nach zweijähriger Mitgliedschaft gelten, ausgenommen bei solchen Mitgliedern, die infolge Wapregelung oder Streiks genötigt sind, abzureisen. Was die Arbeitslosenunterstützung angeht, stimme ich mit dem Kollegen aus Borghorst in der Nr. 36 überein. Somit könnte denn auch unsere Zentralkasse besser gestellt werden. Vielleicht haben dann auch diejenigen den ersten Nutzen davon, die bis heute so sehr gegen die Finanzreform genervt haben.

Auch bezüglich unseres Verbandsgeschäfts möchte ich einiges anregen; es möchten mehr und mehr die Polemiken, welche man in jeder Nummer findet, verschwinden, denn sie schaden uns vielleicht mehr, als sie uns von Nutzen sind. An dessen Stelle möchte ich empfehlen, daß mehr sachliche Belehrungen ins Organ aufgenommen würden, ich glaube, dies würde uns für die Agitation viel mehr wert sein. Auch für die Jugendarbeit wäre es sehr zu begrüßen, wenn für sie ein geeignetes Organ herausgegeben würde, damit wäre auch die Jugendagitation besser gefördert. Dies wären meine Anregungen für die nächste Tagung. Möge dieselbe recht viel Gutes für unseren Verband bringen, damit er weiter blühe und gedeihe.

Ein Kollege aus Ohligs.

„Mann mit zugeknöpften Taschen, Dir tut niemand was zuleib, Wer leben will, muß leben lassen, Wenn du nehmen willst, so gib.“

Diesen Spruch möchte ich allen denen zurufen, welche alle Unterstützungen des Verbandes abschaffen möchten, ebenso aber auch denen, welche sich weigern, den Lokalbeitrag einzuführen. Man kann nach jeder Richtung zu weit gehen; es empfiehlt sich deshalb, immer hübsch auf der mittleren Linie zu bleiben, und damit werde ich wohl die Majorität in unserem Verbande auf meiner Seite haben.

P. Schreitmüller-Cottbus.

1. Unsere Kollegen sind für obligatorische Einführung der Lokalbeiträge, ebenso für eine Reform der Arbeitslosenunterstützung, daß endlich mit der Aufrechnung von einzelnen Arbeitslosentagen aufgeräumt wird.

2. Für gänzliche Abschaffung der Ortsgruppenbeiträge sind wir nicht, denn die Höhe der Lokalbeiträge wird in den meisten Ortsgruppen nicht ausreichen, und schlagen wir deshalb vor, die Generalversammlung möchte wohl eine Reduzierung vornehmen. Wir geben ja zu, daß unsere Zentralkasse stets gestärkt sein muß; auf der anderen Seite müssen wir auch wiederum an die einzelnen Ortsgruppen und ihre Verhältnisse denken; denn wenn in einer Ortsgruppe das ganze Jahr hindurch wenig oder gar nichts in der Kasse ist, kann auch keine richtige Agitation für unsere Sache betrieben werden.

3. Soll unsere Generalversammlung, dahin streben, daß unsere Bezirkskonferenzen weiter ausgebaut werden. Es möge alljährlich im Frühjahr und Herbst eine solche stattfinden. Diese sind von großem Nutzen für unsere Kollegen, und es wäre nur zu wünschen, daß sich an denselben noch mehrere Kollegen und Kolleginnen wie bisher beteiligen könnten. Dieses ist jedoch nur möglich, wenn in der Ortskasse die nötigen Mittel vorhanden sind. Auch allgemeine Konferenzen wären von Zeit zu Zeit für unsere Bewegung sehr zu wünschen.

4. Mit dem Vorschlag des Kollegen aus Sachsen-Thüringen können wir uns nicht einigen, da eine Unterstützungsperiode von einer zur andern mit 104 Wochen zu lang ist. Wir sind auch der Ansicht, daß diejenigen, welche öfters ihre Aussteuer erhalten, nicht gerade darauf ausgehen, dem Verband absichtlich zu schaden.

5. Was die Karenzzeit bei Krankenunterstützung anbetrifft, geben wir zu, daß sieben Tage etwas zu hoch ist,

jedoch sind wir der Ansicht, daß man der Zentrale nicht zumuten kann, diese von sieben auf drei Tage herabzusetzen. Es könnte vielleicht ein Weg darin gefunden werden, daß, wenn 10 Prozent und die Lokalbeiträge in den Ortsgruppen bleiben, diese ihren Mitgliedern schon vom dritten oder vierten Tage ab aus der Lokalkasse Unterstützung gewähren könnte.

R. Ullmann-Heidenheim (Württemberg.)

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Forst (Sachsen).

Die Weber der Firma Fritz Fabian klagen schon seit längerer Zeit über unzureichende Löhne. Es werden da Löhne von 10, 10 1/2 bis 11 Pfg. pro tausend Schuß bezahlt. Dazu besteht bei der Firma ein Antreiber-system, wie es kaum noch in einer Fabrik in Forst zu finden ist. Ist ein Weber gezwungen, den Webstuhl einmal zu verlassen, so läßt man den Stuhl ruhig in Betrieb und geht, seine Bedürfnisse verrichten. Daher kommt es, daß es einigen Webern möglich war, im Verhältnis zu den gezahlten Löhnen einen etwa noch angemessenen Durchschnittslohn zu verdienen. Heute jedoch sehen auch diese Weber ein, daß sie dadurch sich und die anderen geschädigt haben.

In mehreren Fabrikversammlungen wurde entsprechende Vergütung, Beseitigung einiger Mißstände und eine Lohnerhöhung gefordert. Verhandlungen zwischen der Kommission und der Firma führten zu keinem Resultat. Der Firmeninhaber erklärte rundweg, nicht mehr Lohn zahlen zu können, da die höchsten Durchschnittslöhne bei ihm verdient würden. Die Weber waren jedoch nicht gesonnen, sich damit zufrieden zu geben, sondern beschlossen einstimmig, die Arbeit einzustellen.

Da auch die Zwirnerinnen über schlechte Löhne zu klagen hatten, wurden dieselben ebenfalls vorstellig, um eine Erhöhung ihres Lohnes zu erreichen. Als Antwort auf dieses Ansinnen wurde denselben die sofortige Entlassung zuteil. Die Welegschaft beschloß in ihrer letzten Versammlung, an den gestellten Forderungen festzuhalten, und zwar so lange, bis der Erfolg auf ihrer Seite ist.

Die Firma wird es wohl an dem Versuch, Arbeitswillige zu bekommen, nicht fehlen lassen. Deshalb er-suchen wir alle Kollegen und Kolleginnen aus Forst und Umgegend, die Firma bis auf weiteres zu meiden.

Sachsen-Thüringen.

Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche und eine entsprechende Lohnerhöhung, daß ist das Ziel einer allgemeinen Bewegung unter der Färbereiarbeiter-schaft des gesamten Industriebezirks. Von einer Einheitlichkeit der Bewegung kann indes keine Rede sein, denn ein Versuch unsererseits, die Bewegung gemeinsam zu machen, scheiterte an dem Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiter-verbandes.

Selbst innerhalb des „deutschen“ Textilarbeiter-verbandes ist diese Einheitlichkeit nicht vorhanden. So bestand anfänglich die Absicht bei den „deutschen“ Führern, Forderungen auf Lohnerhöhungen jetzt nicht zu stellen. Inzwischen haben die Webwaren-fabrikanten den Weberarbeitern eine entsprechende Lohn-erhöhung vom 1. Oktober d. J. ab bewilligt. Das brachte auch die Färbereiarbeiter-schaft auf andere Gedanken und so mußten die „deutschen“ Führer ihre an-fängliche Haltung als verfehlt quittieren. Diese plötzliche Laktänderung rief nebenbei noch einige Unregelmäßig-keiten hervor, die zum Schluß der Bewegung für die gesamte Färbereiarbeiter-schaft verhängnisvoll werden können. Zur besseren Verständlichkeit geben wir die Forderungen der einzelnen Ortsgruppen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes wieder. Es wurden gefordert in Gera, 10% Lohnerhöhung, Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche, Greiz 15% Lohnerhöhung, Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche, Glauchau, 15% Lohn-erhöhung, Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche, Reichenbach, Lohnerhöhung Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche. Bei Einrechnung der Forderungen kam es bei der Firma B. Dietel in Reichenbach zur Arbeits-einstellung. Die „Färbekonvention“ erließ daraufhin in allen Betrieben folgende Bekanntmachung:

„Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Sächsisch-Thüringischen Färbekonvention sind zuzeit mit den Vorarbeiten zur Einführung tunlichst einheitlicher Arbeitsbedingungen für unsere Arbeiterschaft beschäftigt.“

Das Ergebnis unserer Verhandlungen, in denen wir — soweit uns das möglich ist — die neuerdings vorgebrachten Wünsche unserer Arbeiter berücksichtigen werden, wird bis zum 1. September d. J. bekanntgegeben werden.

In beiderseitigem Interesse eruchen wir unser Arbeiter, bis dahin ruhig an ihrer Arbeit zu bleiben.

Wir würden sehr bedauern, wenn die Durchführung unserer wohlgemeinten Absichten dadurch vereitelt würde, daß die ausständigen Färbereiarbeiter der Firma Bernhard Dietel (Reichenbach) bei ihrem Ausstand verharren.

Greiz i. V., den 20. Juli 1912
Konvention Sächs.-Thür. Färbereien.
(Unterschriften.)

Trotz dieser Bekanntmachung verharren die Arbeiter genannten Betriebes im Streik. Andere Betriebe, die zur Streikarbeit gezwungen werden sollten, schlossen sich an, worauf eine weitergehende Bekanntmachung an-geschlagen wurde:

„Unter der Bedingung, daß alle ausständigen Arbeiter die Arbeit bis Montag, den 5. August früh wieder auf-genommen haben, führen wir vom 30. September 1912 ab, die 58 stündige Arbeitswoche ein. Die Verhandlungen, in welchem Umfange außerdem eine Lohnerhöhung eintreten kann, beanspruchen längere Zeit. Deshalb sind wir nicht in der Lage, vor dem 1. September d. J. eine dahingehende Bekanntmachung zu erlassen.“
Greiz, den 2. August 1912.
(Unterschrift.)

Daraufhin haben die Arbeiter die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen. Die erste Etappe der Bewegung ist erreicht. Die 58 stündige Arbeits-woche bewilligt. Ob die Durchführung entsprechender Lohnerhöhungen ohne Kämpfe möglich sein wird, muß die Zukunft lehren. Notwendig ist auch hier die Erreichung eines einheitlichen Entlohnungssystems. Durch eine prozentuale Steigerung der gegenwärtigen Löhne ist das aber nicht möglich, weil die Mindestlöhne eine verschiedene Höhe in den einzelnen Orten aufweisen. Deshalb haben die in unserem Verband organisierten Färbereiarbeiter und -arbeiterinnen der Färbekonvention folgende Eingabe durch unsere Geschäftsstelle Greiz über-mitteln lassen:

„Die in der Ortsgruppe Greiz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands organisierten Färberei-arbeiter und -Arbeiterinnen nehmen mit Befriedigung die Bekanntmachungen der „Sächsisch-Thüringischen Färbekonvention entgegen, die am 20. Juli und 2. August in sämtlichen Betrieben genannter Konvention zum Aushang gekommen sind und worin Vorarbeiten zur Einführung einheitlicher Arbeitsbedingungen, sowie die Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche für den 30. September d. J. zugesagt werden. Die Färbereiarbeiter und -Arbeiterinnen genannten Verbandes gestatten sich jedoch, zur Regelung der Lohnfragen folgende Wünsche der Konvention als Material zu unterbreiten. Es möge betragen der Mindestlohn für alle männlichen Arbeiter über 18 Jahre pro Tag M. 3,00 der Mindestlohn für alle Arbeiterinnen über 16 Jahre pro Tag M. 2,00. Ferner ist die Erhöhung der Löhne für alle Akordarbeiter und -Arbeiterinnen um 10% erwünscht, ebenso eine einheitliche Regelung und Erhöhung der Löhne für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Wo in einzelnen Fällen bereits höhere Löhne gezahlt werden sollten; mögen dieselben bestehen bleiben.“

Die christlich organisierte Färbereiarbeiter-schaft ließ sich bei Aufstellung ihrer Wünsche von dem Gedanken leiten, daß durch die Mehranforderungen, die infolge der erhöhten Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel an die einzelnen Arbeiter-familien gestellt werden, die Arbeitskraft des Färbereiarbeiters zurückgehen muß, wenn nicht eine dementsprechende Lohn-Steigerung stattfindet. Im Interesse der Färbereindustrie aber liegt es, die Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters so zu heben, daß auch dieser Industriezweig unserer Textilindustrie produktiver gestaltet wird. In diesem Bestreben erhoffen die christlich organisierten Färbereiarbeiter und -Arbeiterinnen die Zustimmung der geschätzten Mitglieder der Konvention und eine möglichst weitgehende Berücksichtigung ihrer Wünsche.“
(Unterschrift.)

Unser selbständiges Vorgehen hat es bereits den „deutschen“ Führern angetan. Speziell in den Greizer Versammlungen wird in allbekannter Weise über den christlichen Textilarbeiterverband hergezogen. Am allerbesten aber versteht dies die „Reußische Volkzeitung“, das Blatt für „Freiheit und Recht“. Im Interesse der Bewegung werden wir uns eine Widerlegung der Angriffe bis zum Schluß derselben ersparen. Unsere Mit-glieder aber mögen daran denken, daß die Entscheidung am 30. September fällt. Bis dahin gilt es, unseren Verband zu stärken.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Baden.

Heinrich Vollmer †. Unsere Ortsgruppe Zell im Wiesentale ist von einem schmerzlichen Verluste betroffen worden: am 5. August verstarb unerwartet rasch an den Folgen eines alten Herzleidens unser Kollege Heinrich Vollmer im Alter von 40 1/2 Jahren. Er war ein treues und bewährtes Mitglied des evangelischen Arbeitervereins und unseres Verbandes. Im Januar 1911 wurde er in stark besuchter Versammlung einstimmig zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Zell gewählt. Unter seiner Leitung wuchs die Mitgliederzahl von 104 auf 195 an, und das rege Gewerkschaftsleben, das sich nun entwickelte, fand in einem bisher nie dagewesenen guten Versammlungsbesuch seinen besten Ausdruck. Unter seiner Vorstandschast konnte die Ortsgruppe Zell am 24. September 1911 ihr glänzend verlaufenes 10-jähriges Stiftungsfest feiern. Leider zwang ihn sein altes Herz-übel, im Mai 1912 das Vorstandsamts niederzulegen. Eine Kur in Baden-Baden brachte ihm diesmal leider die erhoffte Besserung nicht. Leidender als vorher kehrte er zurück, und nach kurzem Krankenlager raffte ihn der unerbittliche Tod dahin. Wie sehr Heinrich Vollmer überall geachtet und geehrt wurde, das bewies sein für Zell überaus großes Leichengeleite und die vielen Kranz-spenden vom evangelischen Kirchenchor, vom evangelischen Arbeiterverein, von der Feuerwehrmusik, von seinen Mit-arbeitern und Meistern, sowie von unserer Ortsgruppe Zell. „Er war ein wackerer und ehrenwerter Mann und hatte noch Sinn für eine ideale Lebensauffassung.“ Dieses Wort des Geistlichen am offenen Grabe kennzeichnet am besten den ehrlichen und offenen Charakter unseres leider allzufrüh dahingegangenen Kollegen. Heinrich Vollmer war allen ein treuer Kollege und Mitarbeiter; vielen von uns war er aber mehr: ein treuer Freund und ein zuverlässiger Berater. Um Heinrich Vollmer trauert seine Gattin und sein noch junger Sohn; um ihn trauern alle, die ihn kannten und ihm im Leben nahestanden. Heinrich Vollmer ist nicht mehr, aber sein Andenken wird unter uns allen in Ehren fortleben, solange christlich und national gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre christlichen Gewerkschaften arbeiten, kämpfen und leiden.
E. R.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dornbusch. Einführung von Lokalausschlägen. Von besonderer Bedeutung war die am 4. August statt-gefundene Generalversammlung unserer Ortsgruppe, welche durch eine schriftliche Einladung der Mitglieder und Mit-gliederinnen einberufen war. Sie wies auch einen zufrieden-Beifall auf. Kollege Stiels-Lobberich referierte über die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen. Eine sich an dieses Referat anschließende Diskussion bewies, daß die

Mitglieder dieser notwendigen Neuerung das richtige Verständnis entgegenbrachten. Durch eine vom Vorsitzenden, Kollegen Theben, vorgenommene Abstimmung wurde beinahe einstimmig beschlossen, vom 1. September ab einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche zu erheben.

Greiz. Die am 27. Juli tagende Generalversammlung nahm den Kassenbericht vom 2. Quartal entgegen. Demnach betragen die Einnahmen M. 1342,20, denen an Ausgaben M. 869,38 gegenüberstanden. Der Zentralkasse konnten Mark 472,82 überwiesen werden. Der Ortsgruppenkassenbestand stieg von M. 899,23 auf M. 896,45. Der Verbandsgeneralversammlung werden folgende Anträge unterbreitet:

Beitragswesen: Für neubeitretende Mitglieder gilt als Pflichtbeitragsklasse die 30 Pfg.-Klasse. Alle übrigen Beitragsklassen sind freizugeben. Den einzelnen Ortsgruppen bleibt es überlassen, je nach den Verhältnissen eine höhere Beitragsklasse festzusetzen.

Unterstützungswesen: Bei der Arbeitslosenunterstützung fällt die Unterstützung der einzelnen Arbeitslosentage fort.

Krankenunterstützung: Bei Eintritt von Unfall fällt die Karenzzeit weg.

Weitere Änderungen am Unterstützungswesen dürfen nicht vorgenommen werden.

Alsdann referierte der Kollege Melcher über die Lohnbewegungen der Webereiarbeiter und Färbereiarbeiter. Unsere organisierten Färbereiarbeiter wurden aufgefordert, die Bekanntmachung der Färbekonvention abzuwarten. Bei Eintritt von unvorhergesehenen Ereignissen können sich die Mitglieder an die Verbandsführung verlassen. Die Ausschaltungsklausel des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes unterzog Redner einer besonderen Kritik, weil dadurch die Stoppkraft der Färbereiarbeiter geschwächt wird. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, den Verhandlungen des Gewerkschaftsfestungsfestes in Dresden durch ein Mitglied beizuwohnen. Gewählt wurde hierzu der Kollege Robert Schmelzer. Zum ersten Schriftführer wurde der Kollege Albert Fehle mit Stimmenmehrheit gewählt. Nach einem Schlusswort des Kollegen Kanis fand die Generalversammlung ihr Ende.

Kettentz. Einführung von Lokalbeiträgen. Das Thema: „Einführung eines Lokalbeitrages für unsere Ortsgruppe“ hatte den Vorstand in die Hoffnung verfallen, daß die Mitglieder vollständig zur Versammlung erscheinen würden. Aber nur die Hälfte der Mitglieder hatte sich zum Versammlungsbesuch bewegen lassen. Zur Begründung der notwendigen Stärkung unserer Zentralkasse und der damit verbundenen Einführung eines Lokalbeitrages bot der Referent, Kollege Hamacher, ein unumstößliches Zahlenmaterial. In Bezug auf unsere Ortsgruppe teilte der Vorsitzende noch mit, daß wir im Jahre 1910 mehr an Unterstützungen verausgabten, als an Beiträgen eingebracht sind und somit noch etwa 100 Mark an Zuschuß aus der Zentralkasse erhielten. Dasselbe wäre auch im Jahre 1911 der Fall gewesen, wenn die Mitglieder noch bezugsberechtigt gewesen wären. Aus unserm Bezirke haben in genannten Jahren acht Ortsgruppen in zusammen 15 Quartalen keine Beiträge an die Zentralkasse gesandt und noch Zuschüsse erhalten. Unter diesen Umständen wäre eine Fortentwicklung des Verbandes unmöglich, was auch wohl vom jüngsten Gewerkschaftler eingesehen werde. Auch seien, gemessen an unsern heutigen Leistungen (Organ, Rechtsschutz und Unterstützungen aller Art), die Beiträge niedriger wie vor 10 Jahren, wo wir noch fast ausschließlich neben dem ordentlichen Beitrag auf Sammelkästen zeichneten und nur die Streitunterstützung erhielten. In der Diskussion wurde die Stärkung der Zentralkasse allseitig anerkannt und hervorgehoben, daß eine Ortsgruppe, die so hohe Summen erhalten habe, auch bei bestem Geschäftsgange an Opferwilligkeit hinter anderen nicht zurückbleiben dürfe. Niemand sprach sich gegen einen Lokalbeitrag aus und beschloß die Versammlung, sich mit der Einführung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 5 Pfg. einverstanden zu erklären und der Generalversammlung den Zeitpunkt der Erhebung zu überlassen.

Neustadt (O. S.). Unsere Generalversammlung am 21. Juli befahte sich vorwiegend mit der Frage der Stärkung der Zentralkasse. Kollege Jungnickel hielt das einleitende Referat. Er gab einen Überblick über die finanzielle Lage des Verbandes und wies durch ein reiches Zahlenmaterial die Notwendigkeit der Stärkung der Zentralkasse nach. Wenn allein die Streit- und Ansperrungsumkosten in 6 Quartalen der Jahre 1910/12 um rund 31% höher waren als in den zwei vollen Jahren 1908/10, dann zeigt dieses schon, daß an unsere Zentralkasse Ansprüche gestellt werden, denen sie mit den bisherigen Einnahmen auf die Dauer nicht gerecht werden kann. Abgesehen von den übrigen Unterstützungen und den Ausgaben für Bildungszwecke, die durchweg ebenfalls bedauernd steigen sind. Darum hätten schon eine große Anzahl von Ortsgruppen, auch zwei in Schleien, Lokalbeiträge eingeführt, um so zu ermöglichen, daß die ordentlichen Mitgliedsbeiträge voll an die Zentralkasse abgeführt werden können. Hier sollten auch die Mitglieder der ältesten und größten Ortsgruppe des sächsischen Bezirkes Greiz, Weiditz und Opferwilligkeit betonen und dem guten Beispiele folgen. Die nun einsetzende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Die Kollegen Streibel, Schneider und Mölle sprachen sich gegen jede Einführung eines Lokalbeitrages aus, weil die bisherigen Beiträge für unsere Verhältnisse schon hoch genug wären und die Agitation noch mehr als bisher erfordern würde. Demgegenüber betonte Kollege Heißig, daß wir an der Einführung der Lokalbeiträge nach Lage der Dinge wohl nicht vorbeikommen werden und lieber selbst beschließen sollten, was notwendig ist. Wenn ein Lokalbeitrag eingeführt werde, müsse es gleich ein Wochenbeitrag sein. Denn ein Monatsbeitrag von 10 Pfg. reicht nicht für die Bedürfnisse der Ortsgruppe und mache auch den Vertrauensmännern beim Diskutieren große Schwierigkeiten. Der zweite Vorsitzende Kollege Herrmann, welcher die Verhandlung leitete, sowie der erste Vorsitzende Kollege Meyer, sprachen sich ganz entschieden für die Einführung der Lokalbeiträge aus. Von den Gegnern des Lokalbeitrages wurde ein Antrag für die Verbandsgeneralversammlung eingebracht, vom Januar 1913 ab den Ortsgruppen nur 10% der Gesamteinnahme zu überlassen. Bei der Abstimmung wurde derselbe mit großer Mehrheit zum Antrag der Ortsgruppe erhoben. Ebenso ein Antrag des Kollegen Meyer, betreffend den Wegfall der Unterstützung der einzelnen Arbeitslosentage. Kollege Heiser beantragte einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche einzuführen. Dieser Antrag mußte einstimmig zurückgewiesen werden, weil die Einführung von Lokalbeiträgen nicht direkt auf der Tagesordnung vermerkt war.

Es fand diesbezüglich am 7. August eine weitere Versammlung statt, in welcher Kollege Jungnickel den Antrag des Kollegen Meyer und einen Zusatzantrag des Vorstandes begründete, nämlich ein Lokalbeitrag von 5 Pfg. die Woche erheben und aus Mitteln der Ortsgruppe für die drei letzten Tage der

ersten Krankheitswoche ein Krankengeldzuschuß gezahlt werden soll. Zur Begründung wurde angeführt, daß der Beschluß unserer letzten Generalversammlung uns nötigt, weitere Mittel für die Ortsgruppe zu beschaffen, da 10% der Gesamteinnahmen selbst wenn die Verbandsgeneralversammlung demgemäß beschließen sollte, für die Bedürfnisse der Ortsgruppe nicht ausreichen, was der Kollege Jungnickel durch statistische Aufzeichnungen näher darlegte. Durch die Einführung des Lokalbeitrages sei es auch möglich, einer alten Forderung vieler Mitglieder entgegen zu kommen, nämlich, vom 3. Tage ab schon den Krankengeldzuschuß zu zahlen. Auch in dieser Versammlung war die Diskussion recht reger. Für den Antrag des Vorstandes sprach sich nunmehr auch Kollege Mölle aus, da damit ein alter Wunsch der Mitglieder erfüllt werde. Unter allseitiger Zustimmung wurde beschlossen, die Frage der Einführung des Lokalbeitrages wie schon einmal vor Jahren, durch Urabstimmung zu erledigen. Nachdem noch einige Erläuterungen bezüglich der Delegiertenwahl gegeben worden, wurde die Versammlung geschlossen.

Waldkirch i. Br. Unsere Mitgliederversammlung vom 11. August hätte besser besucht sein können. Der Vorsitzende, Kollege Wäzmer, behandelte die Lokalbeitragsfrage und führte die Gründe an, die die Einführung derselben notwendig machen: 1. Fast sämtliche anderen Berufsverbände haben dieselben schon ebenfalls eingeführt; 2. gehen dadurch, daß statt der Lokalbeiträge 15% der Einnahmen in der Ortsgruppe für die Bestreitung der örtlichen Ausgaben zurückbleibt, der Zentralkasse jährlich rund 100000 Mark verloren. In der nun folgenden Diskussion war Kollege Bühler der Ansicht, daß man mit der Einführung der Lokalbeiträge warten solle, bis nach der Verbandsgeneralversammlung. Eine Kollegin vertrat den Standpunkt, daß, wenn man für die Kolleginnen um eine Beitragsklasse tiefer gehen würde, der Beitrag immer noch hoch genug wäre. Da nun aber die Einführung der Lokalbeiträge von der Verbandsgeneralversammlung sehr wahrscheinlich mit großer Mehrheit beschlossen würde, so sei es doch besser, freiwillig Lokalbeiträge einzuführen, als wenn man dazu gezwungen würde. Da nun leider der größte Prozentsatz der Mitglieder fehlte, so mußte die Abstimmung über diesen Punkt verschoben werden. Zum weiteren Punkt der Tagesordnung, Gewerkschaftsfest beir., erklärte Kollege Wäzmer, daß am 25. August ein Gewerkschaftsfest in Waldkirch stattfinden, woran sich auch die konfessionellen Ständevereine beteiligen werden. Er forderte die Mitglieder auf, unter unseren Mitarbeitern und -arbeiterinnen Begeisterung dafür zu wecken und für zahlreiche Beteiligung, besonders am Festtage, zu sorgen.

Wüllich. Einführung von Lokalbeiträgen. Die am Sonntag, den 4. August, abgehaltene außergewöhnliche Generalversammlung war gut besucht. Nach Rechnungsablage über das erste halbe Jahr wurde zum Hauptpunkt der Tagesordnung (Lokalbeitrag) übergegangen. Der Vorsitzende erklärte den Anwesenden den Zweck des Beitrages. Nach einer lebhaften Diskussion wurde beschlossen, den Beitrag vorläufig auf 5 Pfg. festzusetzen. Befreit davon sind Invaliden, Heimarbeiter und jugendliche Mitglieder, welche wöchentlich 10 Pfg. zahlen. Es wurde beschlossen, Ende Oktober einen Familienabend abzuhalten. Am Schlusse der Versammlung wurde ein Antrag gestellt für die Verbandsgeneralversammlung, die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr bei vollständiger unwillkürlicher Arbeitslosigkeit zu zahlen.

Briefkasten.

Versammlungsberichte aus Greifath und Ochtrup können nicht aufgenommen werden. Man muß auch von den Versammlungsberichten beanspruchen, daß sie in etwa wenigstens einen Inhalt haben, der der Wiedergabe wert ist. Diesen Anforderungen genügen die genannten Berichte aber nicht.

J. A. Wenn du unser Organ gelesen hättest, würdest du die betr. Notiz bereits in Nr. 30 gefunden haben. Und so etwas bei dir!

Zurückgelassen sind wegen Stoffandranges mehrere Zuschriften, die in der nächsten Nummer erscheinen werden.

Versammlungskalender.

- Darmen.** 24. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale Martin, Parlamentstraße 1.
- Breßel.** 25. August, 10 1/2 Uhr, bei Joh. Huntegeburt, Generalversammlung.
- Spe.** 25. August, 11 1/2 Uhr, bei Georg Nade.
- Sera.** 10. September, 9 Uhr, im „Jägerhof“, Schülerstr. 25.
- Waldkirch-Waldhansen.** 26. August, 8 1/2 Uhr, bei Hebach, Waldhansenstraße, außerordentliche Versammlung.
- Greiz i. Vogtl.** 31. August, 12 1/2 Uhr, bei Gräfers.
- Greven.** 21. August, 8 Uhr, bei Wanninghoff, Vorstandes- und Vertrauensmännerversammlung.
- Sachsenwald.** 1. September, 3 1/2 Uhr, bei Meß, am Markt, Generalversammlung.
- Ochtrup.** 31. August, monatliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Oderkrichen.** 25. August, 10 Uhr, im „Deutschen Eck“.
- Sächtele.** 1. September, 10 Uhr, bei Kempter.
- Waulo.** 1. September, 10 1/2 Uhr, bei Ant. Kolben.
- Wüllich.** 25. August, 10 Uhr, im Lokale Korn, Schümmer Generalversammlung.

Adressenänderung.

Die Geschäftsstelle des württembergischen Verbandes befindet sich jetzt Kernerstr. 391, Telefon 10844. Hermann Kammerer.

III. Agitationsbezirk Aachen.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. September, statt. Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, die Wahl der Delegierten, soweit dieses noch nicht geschehen, nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben. Mit kollegialem Gruß Ewald Weber, Bezirksleiter.

VI. Agitationsbezirk Münster i. W.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. September, in Münster statt. Die Wahl der Delegierten ist nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Tagesordnung, Lokal und Zeit der Versammlung werden den Ortsgruppen noch bekannt gegeben. Mit kollegialem Gruß! H. Camps, Bezirksleiter.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Mathias Klumpen in Lobberich.
 - Heinrich Vollmer in Zell.
 - Josef Köpp in M. Gladbach.
 - Johann Mouhang in Eupen.
 - Wilhelm Wilbertz in Bedburg.
 - Eduard Allemand in Imgenbroich.
 - August Asal in Otterbach.
 - Johann Commer in Euskirchen.
 - Luise Reimann in Landeshut.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Protokoll der Verhandlungen des letzten internationalen Kongresses christlicher Textilarbeiterorganisationen.

Das Protokoll über die Verhandlungen dieses Kongresses wird bereits in den nächsten Tagen erscheinen. Wir weisen unsere Leser darum schon heute darauf hin und bitten sie, unverzüglich ihre Bestellungen zu machen.

Die Verhandlungen unseres sechsten internationalen Kongresses waren für die Textilarbeiter besonders interessant und wichtig. Wir weisen nur hin auf die grundsätzlichen, programmatischen Referate, die die Stellung der christlichen Textilarbeiterorganisationen zur Sozialdemokratie und zu unserer Industrie und den Arbeitgebern behandeln. Von großem praktischen Werte aber sind die Referate: „Wie kommen wir zu einem besseren Berufsarbeiterschutz in der Textilindustrie?“ Daraus werden unsere Mitglieder, namentlich diejenigen, die in den Vorständen, Arbeiterausschüssen usw. sitzen, oder die als Vertrauensleute tätig sind, eine Menge von Anregungen für ihre praktische Arbeit schöpfen können. Von ganz besonderer Bedeutung sind ferner die Referate über die „Ausländerfrage“. In dem Referate über die „Frauen- und Kinderarbeit“ ist eine Menge von Material zusammengetragen, das unsere Kollegen sehr gut verwerten können. Die Diskussion zu den Referaten ist ziemlich ausführlich wiedergegeben und bietet manche wertvolle Anregungen für jeden Gewerkschaftler.

Unsere Ortsgruppenleiter und Vertrauensleute mögen sich einen systematischen Vertrieb dieser wertvollen Neuerscheinung angelegen sein lassen. Das ziemlich umfangreiche Protokoll kostet nur 20 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis.

Laten! — Artikel: Die Sozialdemokratie im Parlament. — Führer und Mitglieder. — Das Ganze: Halt! — Gehört die Arbeiterin in die Gewerkschaft? — Beseitigung der durch das Mietblatt verursachten Störungen beim Weben. — Genilleton: Kunstlerziehung im Arbeiterhause. — Allgemeine Rundschau: Wichtige Fragen für unsere Textilarbeiterchaft. — Die V. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands. — Die Unternehmerrorganisationen in Deutschland. — Zur Neugefaltung der Krankenkassen. — Sozialdemokratische „Freier“. — Der Einfluß der Einwanderung auf den Arbeitsmarkt. — Die sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands. — Konsumvereine als Klassenkampforganisationen. — O, dieses Pharisäertum. — Protest evangelischer Arbeiterführer gegen die „Gelben“. — Aus unserer Industrie: Zur Lage der süddeutschen Baumwollindustrie. — Aus dem Verbandesgebiete: An unsere Ortsgruppenvorstände! — Arbeitslosen - Berichtserstattung. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Ost (Sachsen). — Sachsen-Thüringen. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dornbusch. — Greiz. — Kettentz. — Neustadt (O. S.). — Waldkirch i. Br. — Wüllich. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!